Nr. 59. Donnerstag den 13. März 1902. 9. Jahrg.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig. Telephon 2721. Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition Tauchaer Str. 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Glossen zum Kongreß von Tours.

* Leipzig, 13. März.

Aus Paris schreibt uns unser (:)-Mitarbeiter vom 10. März:

Ruhige Debatten, volle Einstimmigkeit in den grundlegenden Beschlüssen, Votum eines Programms und einer gründlichen Neuorganisation der Partei, Lösung der Ministerfrage, Erledigung der heiklen Kammerfraktionsfrage, ein Beschluß über die Wahltaktik u. a. m. — selten hat ein Kongreß so viel Arbeit in so kurzer Zeit und mit solcher Einstimmigkeit bewältigt. Es genügten hierfür drei Tage und sechs Sitzungen, von denen nur eine etwa sechs Stunden dauerte, während die übrigen Sitzungen bloß zwei bis drei Stunden in Anspruch nahmen.

Wo sind nun die im Manifest der antiministerialistischen Föderationen angekündigten kriegerischen Anklagen geblieben? Wo die Drohungen mit einer Spaltung? Die Anklagen sind draußen geblieben, die Spaltung ist durch die dem Kongreß voraufgegangene Abbröckelung vorausgenommen worden. Die wenigen Reste der oppositionellen Elemente, die am Kongreß teilnahmen, spielten eine mehr als bescheidene Rolle, und zwar ließen sie sich diese Rolle mit einer Gutmütigkeit gefallen, daß man ihre Opposition unmöglich ernst nehmen konnte. Es gab keine Kämpfe, sondern nur Scheingefechte. Selbst die sechsstündige Debatte über den Programmentwurf des Generalkomitees und den Gegenentwurf Renaudels, die ernsteste aller Debatten, erhielt nachträglich einen eigentümlichen Beigeschmack, als Entwurf und Gegenentwurf in den Papierkorb wanderten und auf den einstimmigen Beschluß der Kommission vom Kongreß einstimmig und debattelos durch den nagelneuen Jaurèssschen Entwurf ersetzt wurden. Der „maßlos gemäßigte" Gabriel Deville fand bei diesem Entwurf ebenso seine Rechnung, wie Renaudel, der Verfasser des „revolutionären" Gegenentwurfs, und der Marxist Révelin, der Haupturheber des Komitee-Entwurfs.

In Tours hat eben die ministerialistische Richtung (mit oder ohne leiblichen Minister) ungehindert ihren ersten Kongreß abgehalten.

Die Art und Weise, wie das Programm angenommen wurde, würde schon allein genügen, um den Kongreß in ein ungünstiges Licht zu stellen. Was soll man von einem Parteitag denken, der nach der einmaligen Anhörung einer ungemein langen Principienerklärung dieselbe ohne weiteres per acclamation zu einem Programm erhebt? Was müssen sich die acclamierenden Delegierten unter einem Programm vorstellen? Hat es für sie mehr Bedeutung, als die erste beste Volksversammlungsresolution? . . . Man hat Zeit gefunden, um über die Ordenszeichen und den Alkoholismus zu debattieren, niemand aber fühlte das Bedürfnis, sich das Jaurèssche Programm auch nur etwas näher anzusehen, ehe dafür seine Stimme abzugeben. Und ebenso vertrauensvoll wurden das Minimalprogramm und die Statutenänderung durchgepeitscht. Die Kommission dachte und verfaßte, der Kongreß klatschte Beifall und stimmte ab.

Nach Tours darf man von Jaurèsismus im vollsten und persönlichsten Sinne des Wortes sprechen. Das traurige Entwicklungsgesetz des französischen Sozialismus — das Streben jeder Richtung und womöglich jeder Schattierung, sich in einer Sonderorganisation zu isolieren, dieses Gesetz hat in Tours eine neue Bestätigung gefunden. Dort waren so ziemlich gleichartige Elemente vertreten, die Gleichartigkeit von Tours aber ist jaurèsistisch. Was nicht zu ihr paßt, wird sich eben an sie anpassen müssen oder abbröckeln.

Man wird vielleicht einwenden, daß ja die Neuorganisation die Partei in selbständige Lokalorganisationen trennt, wodurch der persönliche Einfluß dieses oder jenes Führers auf nichts reduziert werden muß. Aber auch diese Neuorganisation ist insofern jaurèsistisch, als das organisatorische Talent nie Jaurès starke Seite war. Und dann ist die Lockerung des Parteizusammenhanges dem nunmehr krystallisierten opportunistischen Ideengehalt des Jaurèsismus wie auf den Leib zugeschnitten.

Die „lebendige und mannigfaltige Einheit", von der Jaurès seiner Zeit so viel geschrieben hat, ist nur innerhalb einer Partei im wahren Sinne des Wortes möglich, innerhalb eines principiell und organisatorisch fest zusammengefaßten Ganzen, worin die mannigfaltigen Tendenzen des kämpfenden Proletariats vertreten sind. In Tours aber, wo die opportunistischen Elemente sich zusammengefunden haben, wurde ein mechanisches Nebeneinander unter dem Namen „Föderative Einheit" geschaffen, worin sich nur die ertötende Mannigfaltigkeit des Kirchturm-Sozialismus breitmachen wird.

Die einseitige Hervorkehrung der Punkte, die die beiden sozialistischen Lager trennt, bildet das hervorstechende Merkmal des Kongresses. Die Mahnung Révelins, auf die in Zukunft mögliche Einigung mit den Guesdisten und Blanquisten Rücksicht zu nehmen, verhallte ebenso klanglos, wie seine ganze Rede zu Gunsten des marxistischen Programmentwurfes des Generalkomitees. Der Kongreß, genauer, die Kommission schien sozusagen absichtlich die Kluft zwischen den beiden Lagern so weit und so tief als irgend möglich graben zu wollen. Jedenfalls ist das ihr glänzend gelungen. Auf dem Boden von Tours ist keine Annäherung zwischen den beiden Lagern denkbar, noch auch ist eine solche zu wünschen.

Beginnen wir mit dem Programm. Briand lobt in einem Artikel dessen „tapfere Originalität" — im Gegensatz zu den Programmen der alten französischen Organisationen, die „hauptsächlich vom Geiste des marxistischen Programms durchdrungen sind, welches einzig (!) auf der Beobachtung und dem Studium der ökonomischen Erscheinungen beruht." Das Programm von Tours, meint Briand weiter, habe zwar das marxistische System zu seinem eigenen „Angelpunkt" gemacht, zugleich aber „entspreche es besser der historischen Wahrheit, indem es an die in unserem Lande vor sich gegangene zweifache Entwicklung, die politische und ökonomische, anknüpft." Von den Unklarheiten der Briandschen Auffassung vom Marxismus abgesehen, ist zunächst zu bemerken, daß der angebliche Vorzug des Programms von Tours darin besteht, daß es den internationalen Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie, wie dieser im Kommunistischen Manifest gezeichnet wird, in eine national-französische Form kleidet oder vielmehr hineinpreßt. Dabei passiert es, daß der Sozialismus auf ideologisch erkünsteltem Wege, vermittelst eines Wortspiels mit dem „politischen Kommunismus" der Demokratie und dem „ökonomischen Kommunismus", in erster Linie aus der bourgeoisen Erklärung der Menschenrechte deduziert wird. Die „historische" Betrachtungsweise des Programms läuft darauf hinaus, die der Geschichte angehörenden und vor 100 Jahren unvermeidlichen Irrtümer der französischen Vorläufer des modernen Sozialismus feierlichst zu wiederholen. Praktisch bedeutet das Zurückgreifen auf die bourgeoisen „Menschenrechte", diesen „Fetisch" der französischen Bourgeoisparteien, eine Verwirrung des proletarischen Klassenbewußtseins: der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie verflacht zu einem Streit über die Auslegung der Menschenrechte. Die historische Ausgrabung ist desto bezeichnender, als Jaurès sonst im Programm die „neueste Entwicklung" berücksichtigt wissen wollte überall dort, wo sie ihm die Abstumpfung der Klassengegensätze beweisen zu sollen schien. Und dann stelle man neben das nachlässige Zusammenwerfen von Sozialismus und bourgeoisen „Menschenrechten" die ängstlich-pedantische Betonung jeder auch mit bloßem Auge nicht zu bemerkenden Krümmung an der großen Spaltungslinie des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie: „Die industriellen Proletarier," sagt das Programm, „die beinahe jede Aussicht verloren haben, sich individuell zum Unternehmertum emporzuheben . . . ."

Was den angeblich marxistischen „Angelpunkt" des Programms betrifft, so beginnt er sofort nach den „Menschenrechten" mit folgendem Satz: „Diese Tendenz der politischen Demokratie, sich zu einer sozialen Demokratie auszuweiten, ist durch die ganze ökonomische Entwicklung gestärkt und präcisiert worden . . ." Die ökonomische Entwicklung erscheint danach als ein bloßes Hilfsmittel, die Hauptsache ist die mystische Tendenz der über den Klassen

Feuilleton.

49] Nachdruck verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Draußen vor dem Nonnenthor lagen die breiten Felder und streckten sich in all ihrem frischen Grün. Die Roggenähren nickten im Abendwind, und an den Pappeln am Wege plauderten die Staare.

„In diesem Jahre haben wir doch einen herrlichen Sommer!" sagte der Oberlehrer und sah verliebt um sich.

„Entzückend!" sagte der Zöllner. — „Aber darüber haben wir gewiß schon im vorigen Jahre gesprochen."

„Ach Du, mit Deiner ewigen Ironie!"

„Ha, ha, ha! Soll ich Dir etwas sagen, Clausen?"

„Hm?"

Esau sah zu dem Freund auf, und seine Haarzotteln bewegten sich.

„Ich liebe Dich!"

„Hm!"

„Ja, es ist wahrhaftig wahr, lieber Clausen! — — Du wirkst veredelnd auf meine Natur!"

„Willst Du mich aufziehen?"

— — „Wenn man mit Dir zusammen ist, will ich Dir sagen, so hat man ein Gefühl, als ob — ja, wie soll ich mich ausdrücken — als ob man mit einem Kind an der Hand über einen Friedhof ginge. — — Nein, bitte, kein Wort! — — Die Gräber nennt es „Blumenbeete", es klatscht in die Hände vor Freude über die reizenden Grabdenkmäler, und „tief, tief", unten in der Erde liegt Tante Esther, sagt Mama und schläft so süß, so süß, und wenn sie aufwacht, so ist sie droben im Himmel und ist ein Engel geworden so wie Tante Rieke und Onkel Fredrik. — — Nein, laß mich ausreden, Clausen, laß mich ausreden! — — Und, weißt Du, es hat etwas so Beruhigendes, Friedvolles, mit so einem Kinde zu gehen. Ein erwachsener Mann weiß ja ganz gut, daß das alles Unsinn und Redensarten sind, was das Kind da plaudert, aber trotzdem, Clausen, trotzdem! — — Ja, das Zungenband ist mir ja nicht ganz richtig gelöst! — — Ein erwachsener Mensch, der sehen und hören und riechen und fühlen und schmecken kann, wie es sich in Wirklichkeit verhält: daß die Gräber übertüncht sind, daß die Grabdenkmäler Humbug und daß Tante Rieke und Tante Esther und Onkel Fredrik keine Engel sind! — — — Der hat trotzdem Freude daran, zuweilen einmal einen solchen Spaziergang zu machen, — — er wird gleichsam „besser" dadurch, er — — Wie? he? — — „Unsinn?" wie der selige Mörch zu sagen pflegte."

Der Oberlehrer war stehen geblieben und stand nun da und hatte den Zöllner mit glücklichen, innigen Augen angesehen. Jetzt aber sah er tief enttäuscht aus und sagte beinahe unter Thränen:

„Warum mußtest Du nun so schließen, Knapsted! Das, was Du sagtest, war ja doch so schön!"

„Ja, es war wirklich reizend! Der Teufel mag wissen, wo ich es her habe! — — Wollen wir jetzt weiter gehen?"

Und sie gingen.

— — — — — — — — — —

„Jetzt zieh ich nach Kopenhagen!" sagte Knapsted plötzlich.

„Du ziehst nach Kopenhagen?"

„Ja, ich habe geerbt, wie Du weißt. Und zum ersten Oktober habe ich meine Zöllnerei gekündigt und ziehe nach Kopenhagen. — — Da soll es so unglaublich kluge, begabte Menschen geben! Die will ich mir gern ansehen, — — — und von ihnen lernen! Kommst Du mit?"

„Gehst Du wirklich fort?"

„Ja! Kommst Du mit?"

„Nein!"

„Du kannst ja genau so gut in der Hauptstadt wohnen! Und ich würde Dich sehr entbehren!"

„Ja—a, — nein, die kleinen Städte sind mir die liebsten. Es ist gemütlich still und friedlich hier in Gammelkjöbing." — —

„Ja, das finde ich auch!"

„Und trotzdem — —"

„Trotzdem gehe ich fort, ja!"

„Aber was willst Du da anfangen, Knapsted?"

„Ach, Gott, liebster Freund, alle die genialen Kater, die da auf zwei Beinen herumspazieren — — da giebt's sicherlich genug zu thun!"

Der Oberlehrer ging eine Weile schweigend weiter. Dann fragte er:

„Wieviel hast Du eigentlich geerbt?"

Der Zöllner kniff ein Auge zu:

„Fünf Millionen, drei Mark und vier Pfennig!" sagte er. „Bist Du neidisch, Alter?"

„Neidisch — —! Nein, aber ich kann nicht verstehen, wie Mörch — —"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020313/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

schwebenden politischen Demokratie. Folgerichtig kommt dann das „Proletariat" des Programms von Tours zum sozialistischen Bewußtsein in der Weise, daß es freilich mit Hilfe der kapitalistischen Entwicklung — „der bourgeoisen Form der Demokratie immer mehr und mehr die vollständige und tiefe kommunistische Demokratie" entgegensetzt. Ein wahres Wunder, daß es ein sozialistisches Proletariat in solchen Ländern giebt, wo die besagte mystische Tendenz der politischen Demokratie nicht umherspuken kann, sintemalen dort keine Demokratie existiert. Auch hat man noch nicht gehört, daß das sozialistische Bewußtsein des deutschen oder selbst des österreichischen Proletariats dem des französischen nachsteht . . .

Uebrigens ist das alles eine alte Lieblingsdeduktion von Jaurès, und man darf sagen, daß das Programm getreu widerspiegelt, wie Jaurès von der Demokratie zum Sozialismus kam.

Nicht minder bezeichnend ist das vollständige Fehlen des Ausdrucks „Klassenkampf" in der langen Principienerklärung. Der Delegierte Hervé hatte bemerkt, daß dieser Ausdruck ihm „nichts Rechtes" sage (ne me dit rien qui vaille) und eine „Abschwächung" oder doch eine „Erklärung" desselben verlangt. Nun, sein Wunsch ist mehr als erfüllt worden: anstatt des mißlichen Ausdrucks werden allerhand abschwächende Umschreibungen gebraucht. — Das Proletariat kommt „zum Bewußtsein des unversöhnlichen Gegensatzes (opposition) zwischen seinen wesentlichen Interessen (wieder eine ängstliche Einschränkung des „Unversöhnlichen", als ob in einem sozialistischen Programm von anderen als von Klasseninteressen die Rede sein könnte!) und den Interessen der sozial herrschenden Klasse" — nur „sozial", nicht schlechtweg herrschenden! Der „unversöhnliche" Gegensatz wird also doppelt abgeschwächt, das letzte Mal wohl mit Rücksicht auf die politische Mitherrschaft sozialistischer Minister? Weiter heißt es: das Proletariat „setzt sich entgegen als unterdrückte und ausgebeutete Klasse allen Kräften der Unterdrückung und Ausbeutung" — nicht aber der Bourgeoisie!

Von der Verschärfung der Klassengegensätze ist natürlich erst recht keine Rede. In dem beiseite geschobenen Komiteeentwurf wird die vielumstrittene „Verelendungs"-Frage also formuliert: „Für die Arbeiter, besonders wenn sie nicht stark organisiert sind, für die stets von der Expropriation bedrohten Mittelklassen bedeutet die Entwicklung des kapitalistischen Regimes das Wachstum des sozialen Elends, der Unsicherheit, des Druckes und der Ausbeutung." Im Programm wird dagegen in schonend-verhüllender Form davon gesprochen, daß „der unermeßliche Fortschritt der Produktion und des Reichtums . . . . den Proletariern keinen gleichwertigen Fortschritt des Wohlstandes und der Sicherheit gebracht" habe. Der nachfolgende Satz vom „äußersten Elend", in welches „ganze Kategorien von Lohnarbeitern plötzlich geschleudert" werden, ist eines jener täuschenden und widerspruchsvollen Zugeständnisse, die das Programm und den ganzen Kongreß den revolutionären Elementen genießbar machen sollen, die aber am versöhnend-opportunistischen Geist des Ganzen nichts ändern.

Vergebens sucht man ferner nach einem Hinweis auf den Klassencharakter des Staates. Demgemäß wird auch der Militarismus nach der Art der bürgerlichen Friedensfreunde behandelt, von der Klassenherrschaft der Bourgeoisie gänzlich losgelöst. Hierher gehört auch die Ausmerzung des Satzes des Komiteeentwurfs, daß die Klassenpartei des Proletariats von allen Bourgeoisparteien geschieden" sein muß.

Und dann überhaupt die rhetorisch-verschwommene, vor Kraftworten sich zwar nicht scheuende, aber der Sache nach desto versöhnendere Formulierung der Entwicklung zum Sozialismus! Die objektiv notwendige Seite dieser Entwicklung ist in den Hintergrund geschoben und der subjektiv bewußten Arbeit des Proletariats wird der sozialrevolutionäre Stachel genommen. Der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus wird praktisch zu einer staatssozialistischen Aktion abgestumpft. Das Proletariat „wird den Kampf (das ist die Gegenwartsarbeit) nicht eher aufgeben, bis das gesamte kapitalistische Eigentum durch die Gemeinschaft aufgesogen worden ist . . ." Die Eroberung der politischen Macht wird am Schluß der Principienerklärung als Teil der alten, nun einmal unvermeidlichen „Einigungs"formel angehängt, aber in der Erklärung selbst wird sie unter allerlei schiefen historischen Analogien mit dem Kampf gegen den Feudalismus verhüllt. Denn, klar formuliert, müßte sie die „Aushöhlung", das „Hineinwachsen", die Verkleisterung des Klassengegensatzes, die politische Mitherrschaft des Proletariats in der Demokratie, — den ganzen Geist des Programms über den Haufen werfen. Mit einem Wort: die Demokratie ist für das Programm von Tours nicht die letzte und geeignetste Form der Ausfechtung des Klassenkampfes, sondern die Form der allmähligen, „methodischen" Verwirklichung des Sozialismus auf dem Boden des Kapitalismus. Die Reflexionen über die „Hypothese von revolutionären Ereignissen" sind wieder eines der oben gekennzeichneten Zugeständnisse, die zum Wesen des Programms wie die Faust aufs Auge passen.

Aus Rücksicht auf den Raum sei nur noch auf die merkwürdige „freidenkerische" Begründung verwiesen, die die Empfänglichkeit der Kleinbürger und Kleinbauern für den Sozialismus von der „Gewöhnung an den freien Gedanken und die Ueberlegung" erwartet, der Folge eines „auf der Wissenschaft und der Vernunft" beruhenden Erziehungssystems. Im übrigen wird das „Verlangen" der Bauern nach der Vergesellschaftlichung ihrer Bodenparzellen nicht in die Zeit nach dem Siege des Proletariats verlegt — das ist ja selbstverständlich für ein Programm, welches überhaupt keine Scheidungslinie zwischen der politischen und der sozialen Demokratie zieht.

Nach alledem darf man sagen, daß die Principienerklärung, trotz ihrer Wortzugeständnisse an den Marxismus und den Revolutionarismus, eine theoretische Begründung des Ministerialismus, der Verwischung der Klassengegensätze, des antirevolutionären Reformismus darstellt. Und derselbe Geist beherrscht das Minimalprogramm, das ich übrigens bereits in meinem Kongreßbericht gekennzeichnet habe.

Als ein bloßes Auskunftsmittel ist auch die Resolution über die Ministerfrage zu betrachten. Hätte man wirklich mit der ministerialistischen Doktrin brechen wollen, dann hätte die einfache Bestätigung der Resolution Kautsky diesen Dienst geleistet. So aber hat man sich hinter dieser Resolution bloß verschanzt, um desto unklarer die Ministerschaft lediglich von der Zustimmung der „Partei" abhängig machen zu können. Und welcher „Partei"? Ich denke, daß die in Tours zu stande gekommene Partei der neulichen Firminyrede von Millerand mit deren Ministerialismus in einem fort unendlich näher steht als der Resolution Kautsky. Und dann ist es ein Unikum, daß ein Kongreß einem Beschluß die Klausel: „solange die Partei nicht anders entschieden hat" anhängt.

Ueber die Neuorganisation der Partei habe ich im Kongreßbericht bereits das nötige gesagt. Da aber Jaurès in der Petite République auf die „Kontrolle" des Jahreskongresses verweist, so ist zu bemerken, daß kein Grund zur Annahme vorliegt, daß die kommenden Kongresse ihre Kontrollarbeit ernster nehmen werden, als derjenige von Tours. Alles spricht vielmehr dagegen. Die „Autonomie" der Föderationen wird immer mehr Trumpf sein, denn sie dürfen getrost der zu einem Aushängeschild gewordenen „Partei" den Rücken kehren, ohne irgendwelchen Schaden zu erleiden.

Kurz und gut, so haltlos vom Standpunkt des revolutionären Sozialismus das Programm von Tours ist, die Praxis der neuen Partei wird und muß noch schlimmer sein. Mit dem Genossen Lagardelle, dem Leiter des Mouvement Socialiste, erkenne ich nur ein Verdienst des Kongresses von Tours an: er hat Klarheit in die trübe Situation gebracht. Nach Tours darf und muß ausgesprochen werden, daß es in Frankreich nur eine auf dem Boden des Klassenkampfes und der internationalen Sozialdemokratie stehende Partei giebt: die Sozialistische Partei Frankreichs (Revolutionär-sozialistische Einigkeit), in welcher die Guesdisten und Blanquisten nebst mehreren autonomen Föderationen und Gruppen vereinigt sind. Und das gebieterische Interesse des französischen Sozialismus verlangt, daß alle proletarisch-sozialistischen Elemente um diese Partei sich gruppieren mögen. Dann würde der Schaden des Tours-Kongresses für die sozialistische Sache wenigstens auf ein Minimum reduziert werden.

„Hi, hi! Man hat seine Karten fein gespielt, sage ich Dir!"

„Du, der ihn immer —"

„Ja, gerade deswegen! Ich habe ihn intimidiert, so heißt es, glaube ich. Ihm gedroht! Ich hab ihm gesagt, wenn er mir nichts vermachte, grübe ich ihn wieder aus und legte ihn aufs Eis — — — Du weißt, er hatte immer solche Angst, frieren zu müssen!"

Der Oberlehrer wieherte.

„Hast Du denn keinen Funken Ernst in Dir, Knapsted?"

„Nicht für einen Groschen, — nein! — — Aber nun müssen wir wohl umkehren."

Sie waren oben auf dem Hügel angelangt, wo die Landstraße gen Westen, nach der Stadt zu, abfiel und sich gen Osten fortsetzte und in die weite Welt hineinführte.

„Da unten liegt Thummelumsenheim!" sagte Esau und zeigte darauf. „Sieh, wie es schimmert mit seinen frischpolierten Schornsteinen!"

„Hör einmal, Knapsted — —", Clausen stand abermals still. „Wollen wir einmal da hinunter gehen?"

„Da hinunter gehen?"

„Ja, und Thomsen besuchen? Das können wir ganz gut thun! Wir haben ihn ja doch im Klub eingeführt!"

„Na, darüber wird er wohl nicht gerade so sehr entzückt sein!"

„Nein, aber — wollen wir hingehen?"

„Ja, wenn es Dir Plaisir macht, — meinetwegen!"

„Und ich glaube auch, daß Thomsen sich freuen wird. Dann hat er doch jemand, dem er die ganze Herrlichkeit präsentieren kann!"

„Ja, dann laß uns nur gehen!"

Und sie stießen die Stöcke in den Erdboden und bogen in den Seitenweg ein.

(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Das Privileg der Presse.

Der fliegende Gerichtsstand der Presse fliegt noch immer nicht. Die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat zwar dekretiert, daß dieses traurige Stück deutschen Preßelends als „im wesentlichen beseitigt" anzusehen sei, sobald einmal Graf Bülow seine gloriose Reformidee im Bundesrate und im Reichstage durchgebracht haben würde — aber wie so oft stehen den offiziösen Behauptungen die offiziellen Thatsachen gegensätzlich gegenüber. Man muß sich an die Geschichte des fliegenden Gerichtsstandes erinnern, wenn man den Wert der Bülowschen Preßreform richtig einschätzen will.

Bis zum Jahre 1892 ruhte der fliegende Gerichtsstand unbekannt und wesenlos im Schoße des Gesetzes. Erst das Reichsgericht hat den im Paragraphenwust vergrabenen Schatz gehoben. Indem es erkannte, daß ein Preßdelikt überall im deutschen Reiche verfolgbar sei, wo nur ein Exemplar des beanstandeten Druckerzeugnisses hingelangt wäre, schuf es ein ungeheures dichtmaschiges Netz, in dem unweigerlich jeder Preßsünder hängen bleiben sollte. Der verantwortliche Redakteur wurde der Prügeljunge aller Staatsanwälte. So kam es, daß man im Nachbarstaate verurteilt werden konnte für Dinge, die im eigenen „engeren Vaterlande" erlaubt waren. (Veröffentlichung von Ziehungslisten.) Bayerische Redakteure konnten ihrem verfassungsmäßigen Gerichtsstande, dem Schwurgerichte, entzogen und vor preußische Richter gestellt werden. Besonders aber bürgerte sich in der Praxis der Zustand ein, daß Leute, die sich durch einen Zeitungsartikel beleidigt fühlten, den verantwortlichen Redakteur des Blattes nach dem Gerichtsstande ihres Wohnsitzes citierten. So wurde der Beruf der verantwortlichen Redakteure ein Gewerbe, das im Umherziehen betrieben wird.

Die Unhaltbarkeit dieses Zustandes ist in den zehn Schreckensjahren des fliegenden Gerichtsstandes von Juristen und Politikern anerkannt worden. Der Reichstag hat sich wiederholt für seine Aufhebung ausgesprochen. Der Bundesrat aber — ließ ihn reden. Wie in der Diätenfrage und in zahlreichen anderen Fällen bewies sich auch hier die Mißachtung, welche die Reichsregierung der gewählten Vertretung des deutschen Volkes entgegenbringt.

Auch auf dem Deutschen Juristentage vom Jahre 1900 wurde über die Abschaffung des fliegenden Gerichtsstandes verhandelt. Dort wurde einem Antrage, der im allgemeinen die Aufhebung dieser Einrichtung bezweckte, von den sehr vorsichtigen Herren dieses Lämmerschwänzchen angehängt:

„Privatklage kann auch an dem Orte angestrengt werden, an dem der Privatkläger seinen Wohnort oder in Ermangelung desselben seinen ständigen Aufenthalt hat."

Eine solche Beschränkung glaubte man beibehalten zu müssen, damit dem Beleidigten nicht die Kosten des Prozesses, beim Wahrheitsbeweis 2c., zu sehr vergrößert würden; ohne diese Ausnahme, meinte der Antragsteller Geheimrat Hamm, würde die Gesetzesänderung bald unpopulär werden und als ein unberechtigtes Privileg der Presse erscheinen.

Dieser Anschauung scheint sich nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Graf Bülow angeschlossen zu haben, obwohl ihr Widersinn auf der flachen Hand liegt. Der Gerichtsstand ist im allgemeinen begründet an dem Orte der begangenen That oder auch an dem Orte, an dem der Angeschuldigte zur Zeit der Erhebung der Klage seinen Wohnsitz hat. Wenn Herr Meyer, der gewöhnlich in Königsberg wohnt, auf der Durchreise durch Straßburg geohrfeigt wird, so kann er nicht in Königsberg klagen; wenn er ein Haus in Potsdam besitzt und dieses beschädigt wird, kann er den Beschädiger gleichfalls nicht in Königsberg belangen, ebensowenig kann er das, wenn in einer Versammlungsrede in München seine Ehre verletzt wird. In allen diesen Fällen wird er sich mit seiner Klage nach Straßburg, Potsdam oder München bemühen müssen. Wenn aber in einer Zeitung, sagen wir in Köln, ein Artikel gegen Meyer erscheint, dann kann er in Königsberg klagen.

Wäre es anders, so wäre das für die Presse ein Privileg. So meinen die Juristen. So meint Bülow.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 12. März. Heute wurde der Etat des Reichsamtes des Innern zu Ende beraten und dann der Militär- und der Marineetat erledigt. Die Debatten, in denen unsere Genossen den Vorrang behaupteten, brachten meist Nachklänge aus den früheren Lesungen. Beim Kapitel des Reichsversicherungsamtes kam Stadthagen auf den Fall des Dr. Blasius, des Vertrauensarztes der Braunschweiger Ziegelei-Berufsgenossenschaft, zurück und verlangte die Beseitigung des Systems der Vertrauensärzte, das die Arbeiter zu Gunsten der Berufsgenossenschaften schwer schädige. Trotzdem das Landgericht das Verhalten des Dr. Blasius, der ein Gutachten auf Rentenherabsetzung abgegeben hatte, ohne den verletzten Arbeiter überhaupt untersucht zu haben, als „leichtfertig" bezeichnet hatte, unternahm der Konservative Dr. Oertel den Versuch einer Ehrenrettung des gleichfalls konservativen Dr. Blasius, den er, wie er selbst mitteilte, vor einigen Tagen persönlich kennen gelernt hatte. Aber dieser Versuch, der nur die Angriffe Stadthagens rechtfertigte, mißlang so vollständig, daß Dr. Oertel am Ende selbst bereuen wird, hier als Verteidiger einer unhaltbaren Sache aufgetreten zu sein. Auch Abg. Roesicke-Dessau, der immer merkwürdig empfindlich wird, wenn es sich um die Berufsgenossenschaften handelt, polemisierte gegen Stadthagen, ohne irgend welches sachliche Material vorzubringen.

Staatssekretär Graf Posadowsky suchte dann nachzuweisen, daß bei der Festsetzung der gleichfalls von Stadthagen wiederholt gerügten hohen Gehälter der „ehrenamtlichen" Berufsgenossenschaftsvorsitzenden formell alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Aber auch er mußte zugeben, daß diese Vorsitzenden nach dem Gesetz höchstens eine Entschädigung für den ihnen erwachsenden Zeitverlust zu beanspruchen haben. Als solche „Entschädigung" können aber doch die bis zu 16 000 Mk. aufsteigenden Riesengehälter von niemandem angesehen werden!

Dann kam der Militäretat an die Reihe. Abg. Gröber gab eine sachliche Richtigstellung zu dem Verhalten des Gerichtsherrn v. Alten im Gumbinner Prozeß, wonach, wie der Redner bemerkte, das Vorgehen des Herrn v. Alten zwar ungesetzlich bleibe, aber doch subjektiv in einem etwas milderen Lichte erscheine. Im übrigen kam man auf den Fall Hickel-Marten nicht weiter zurück.

Unser Genosse Zubeil brachte Mißstände im Kantinenwesen zur Sprache und ging in einer zweiten Rede nochmals auf die Zustände in den Spandauer militärischen Werkstätten ein. Er konnte dabei hervorheben, daß keine seiner Angaben widerlegt worden sei.

Der antisemitisch-konservative Mittelstandsvertreter Pauli-Potsdam versuchte freilich mit großem Aufwand von Pathos und Gesten die Mitteilungen Zubeils zu erschüttern, rief damit aber nur eine erneute Darlegung Zubeils hervor, in der dieser die Beschönigungsbestrebungen des Abg. Pauli scharf unter die Lupe nahm.

Stadthagen hatte schon in der zweiten Lesung auf jenen Oekonomiehandwerker Redmann hingewiesen, der die Annahme der Chinamedaille mit der Begründung verweigerte, das vereine sich nicht mit seinen sozialdemokratischen Anschauungen. Damals hatte der Kriegsminister darauf nicht geantwortet. Redmann hat inzwischen drei Tage Mittelarrest erhalten, aber, ebenso wie der Gerichtsherr, gegen dies Urteil Berufung eingelegt. Stadthagen wandte sich erneut aufs schärfste gegen den Erlaß, auf den sich diese Verurteilung gründet und in dem den Soldaten jede Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnung verboten wird. Auch heute machte es sich Herr v. Goßler bequem; er ließ durch den Generalmajor v. Tippelskirch ganz kurz erklären, das Verfahren sei noch nicht abgeschlossen und das Kriegsministerium habe keinen Anlaß, auf den Fall einzugehen.

Beim Marineetat wies Genosse Dr. Südekum er-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020313/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

neut auf die auf den kaiserlichen Werften noch immer üblichen schwarzen Listen hin, in denen die zur Entlassung vorgemerkten Arbeiter aufgezählt und die eigentümlichsten Gründe für die Notwendigkeit der Entlassung angegeben sind. Geh. Admiralitätsrat Harms bemühte sich, den Charakter dieser Listen als verhältnismäßig harmlos hinzustellen. Es existierten mehrere Ueberarbeitungen; in der revidierten Liste seien die schon lange Jahre auf der Werft beschäftigten Leute, die Dr. Südekum besonders erwähnt hatte, wieder gestrichen. Im übrigen kämen jetzt überhaupt keine Arbeiterentlassungen mehr in Frage. — Unser Genosse machte gegenüber diesem Schönfärbeversuch darauf aufmerksam, daß gerade von zweiter Hand in die Listen bei mehreren Arbeitern das wenig harmlose Wort „Aufwiegler" eingefügt sei.

Morgen stehen die Etats der Justiz, der Post, der Reichseisenbahnen u. a. in dritter Lesung auf der Tagesordnung.

Ein Dämpfer für die Agrarier.

Aus der Zolltarifkommission wird uns vom 12. März geschrieben: Der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Richthofen, gab heute in der Zollkommission gegenüber den agrarischen Anträgen auf Erhöhung der Zölle auf frisches Gemüse und Küchengewächse die Erklärung ab, diese Zölle seien für die Regierung unannehmbar. Darin läge nun nichts besonderes, wenn nicht die Entschiedenheit und Schärfe des Tones, in der diese Erklärung abgegeben wurde, sowie weitere dazu gemachte vertrauliche Mitteilungen sofort jedem Anwesenden die Vermutung nahe legte, daß diese scharfe Absage nicht gemacht worden wäre, hätte nicht ihr Träger die Gewißheit, daß sie an weit höherer Stelle gewünscht werde. Das empfanden natürlich auch die junkerlichen Agrarier, die nicht minder scharf entgegneten und sich den Anschein gaben, als ob die Gründe des Staatssekretärs Luft für sie seien. Indes, in den Couloirs steckten sie die Köpfe zusammen und pflogen eifrige Zwiesprache über den unangenehmen Nasenstüber. So sammelt sich immer mehr Zündstoff, der für das Zolltarifsgebäude sehr gefährlich werden kann. Trotzalledem scheint die Regierung keine Besorgnis vor den Zolldemagogen zu haben, denn die Verständigungsfaust ist im Centrum zu groß, als daß es diese Partei auf einen Krach mit der Regierung ankommen ließe. Um so unehrlicher müßte dann aber das jetzige Verhalten des Centrums gegenüber seinen Zollverbündeten erscheinen. Vorläufig haben die Zollwucherer also wieder einen Nasenstüber erhalten.

* **Berlin**, 13. März. Durch Indiskretion wird privatim bekannt, der Bundesrat habe in seiner Dienstagsitzung dem Gesetzentwurf betreffend die Gewährung von Entschädigungsgeldern für die Mitglieder der Zolltarifkommission die Zustimmung erteilt. Jedes Mitglied solle eine **Pauschalvergütung von 2400 Mk.** erhalten. Unseren Standpunkt zu der Angelegenheit haben wir schon gestern dargelegt. —

Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt: In verschiedenen Zeitungen ist die Nachricht enthalten, daß in einer in Hannover am 8. März d. J. abgehaltenen Versammlung des Bundes der Landwirte seitens eines Redners erklärt wurde, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hische habe mitgeteilt, er und mit ihm etwa die Hälfte der Nationalliberalen seien **für einen Zollsatz von 7.50 Mk.** Wir stellen hierdurch fest, daß der Abg. Hische eine solche Mitteilung nicht gemacht hat, auch nicht machen konnte, da sie in keiner Weise der Wahrheit entspricht.

Wegen der angeblichen Duellrede des Kaisers im Offizierskasino des 1. Garderegiments wurde am Mittwoch in Potsdam der Prozeß wegen Beleidigung der beiden Lieutenants des 1. Garderegiments v. Goßler und v. Kessel gegen den Geh. Rechnungsrat Steinbach von der Oberrechnungskammer, den früheren verantwortlichen Redakteur der Potsdamer Zeitung, Groll, und den früheren Verleger dieser Zeitung, Stein, verhandelt.

Die Potsdamer Zeitung veröffentlichte am 9. Dezember v. J. angebliche Aeußerungen des Kaisers, die bei einem Frühstück beim 1. Garderegiment zu Fuß gefallen sein sollten und sich scharf über das angebliche Benehmen der genannten beiden Offiziere aussprachen. Die beiden Offiziere sollten, so wurde gesagt, die Aeußerung gethan haben: sie würden sich trotz des kaiserlichen Duellverbots schlagen, sobald ihre Ehre angegriffen würde. Der Kaiser sollte hierauf geäußert haben: „Und wenn auch der Papa des einen mir lieb und wert und der Vater des anderen mein verdienstvollster General wäre, ich würde die Söhne desselben ebenso mit schlichtem Abschied aus dem Heere entfernen, wie ich dies mit jedem anderen Offizier halten würde, welcher mein Duellverbot nicht beachtet."

Die Geschichte war von dem Geheimen Rechnungsrat Steinbach in einem Restaurant erzählt worden. Steinbach, dessen Sohn Reserveoffizier ist, verkehrt viel in Offizierskreisen, will aber keine Thatsachen behauptet, sondern bloß Vermutungen aufgestellt haben. Als der Verleger Stein später einen Artikel erhielt, der dasselbe Thema behandelte, glaubte er sich auf die Richtigkeit der Angaben verlassen zu können. Die Drucklegung wurde dann, obwohl Stein nach seiner gerichtlichen Aussage gegen einzelne Sätze des Artikels Bedenken gehabt haben will, vom Redakteur Groll veranlaßt. Der Chefredakteur der Potsdamer Zeitung Berger ist Oberlieutenant der Reserve; er war zur Zeit der Drucklegung abwesend und erklärt, er hätte den Artikel unter keinen Umständen aufgenommen. Ueberhaupt zeigen sich Angeklagte und Zeugen bestrebt, alle Schuld auf die Schultern des verantwortlichen Redakteurs zu wälzen, und der Verleger Stein hält es für notwendig zu bemerken, daß ihm einzelne Artikel Grolls zu rot gewesen seien!

Der Kommandeur des 1. Garderegiments Oberst Freiherr v. Plettenberg bekundete, der Kaiser sei an jenem Tage zwar nach der Kirche ins Kasino gekommen, von den in der Zeitung berührten Fragen sei aber überhaupt nicht mit einem Worte die Rede gewesen.

Schließlich wurde der Geh. Rechnungsrat, der nach den Aussagen der Zeugen „ein hochpatriotischer und königstreuer Mann" ist, zu 300 Mk. Geldstrafe, der Verleger Stein zu 500 Mk. Geldstrafe, der verantwortliche Redakteur Groll aber zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Reichstagsersatzwahl in Hadersleben-Sonderburg. Das amtliche Wahlresultat lautet: Bei der am 8. März stattgehabten Reichstagsersatzwahl in dem ersten Wahlkreis Schleswig-Holstein wurden im ganzen 15119 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Redakteur Jessen-Flensburg (Däne) 10058 Stimmen, auf Pastor Jacobsen-Scherrebek (nationalliberal) 4539 Stimmen. Jessen ist somit gewählt.

ws. **Wieder das Versammlungsrecht der Frauen in Preußen.** In einer Mitgliederversammlung der Filiale des deutschen Textilarbeiterverbandes in München-Gladbach verlangte der Polizeikommissar die Entfernung der weiblichen Mitglieder. Diesem Verlangen leistete der Vorsitzende keine Folge; daraufhin löste der Kommissar, trotzdem er auf das Ungesetzliche seines Handelns aufmerksam gemacht wurde, die Versammlung auf. Gegen das Vorgehen des Kommissars ist Beschwerde erhoben worden. Die Polizeibehörde in M.-Gladbach hatte im vorigen Jahre dieselbe Filiale als einen politischen Verein erklärt und dem Vorstande verboten, weibliche Personen als Mitglieder aufzunehmen. Es kam zur Klage, und die Polizeibehörde wurde in allen Instanzen abgewiesen. Angesichts dieser Thatsache ist das Vorgehen des Kommissars um so ungeheuerlicher, und es scheint, als ob die Polizei beabsichtige, durch Schikane zu erreichen, was ihr durch gerichtliche Aktion nicht gelungen ist.

Das Urteil im Kieler Stietencron-Prozeß, das am Mittwoch verkündigt wurde, lautete auf zwei Monate Gefängnis, Publikation des Urteils und die üblichen Nebenstrafen. Das Urteil führte aus, der Vorwurf, daß das Kriegsgericht den Stietencron als Standesgenossen betrachtet hätte, involviere die Behauptung einer bewußten Rechtsbeugung. Die Frage, wieviel Menschen Stietencron noch töten müsse, bis er unschädlich gemacht werde, sei eine grobe Beleidigung des Kriegsgerichts, nicht Stietencrons. Der § 193 wurde dem Angeklagten nicht zugebilligt, da die Absicht der Beleidigung vorliege.

Ein Baron, der einen Menschen über den Haufen schießt, wird von seinen Standesgenossen freigesprochen. Ein Redakteur, der das Urteil kritisiert, wird auf zwei Monate ins Loch gesteckt. Wenn es wahr ist, daß die Justiz die Grundlage der Königreiche ist, dann stehen die Monarchien von heute auf bösen Füßen.

Die parlamentarischen Gepflogenheiten der Centrumsgläubigen konnten sich jüngst wieder in einer Versammlung ausleben, die von jungliberaler Seite einberufen war und in der der Exjesuit Graf Hoensbroech sprechen sollte. Ein derartiges öffentliches Aergernis mußte in der heiligmäßigen Stadt München unbedingt vereitelt werden; so wurde denn von den Herren Kaplänen der christkatholische Heerbann aufgeboten und in losen Haufen planmäßig an den verschiedenen Tischen der ganzen Versammlung verteilt. Kaum hatte der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und den Referenten, der von den liberalen Zuhörern mit einem Sturm des Beifalls empfangen wurde, vorgestellt, da ertönte der Kaplanspfiff, dem sofort an allen Tischen geantwortet wurde. Umsonst versuchten die Liberalen die messerscharfen Pfiffe durch heulendes Bravo zu übertoben; es kam bald zu handgreiflichen Auseinandersetzungen, und man mußten einige der schlimmsten Störenfriede mit Hausknechtspraktiken an die frische Luft setzen. Darob war eine Viertelstunde vergangen, und nun erteilte der Vorsitzende dem Referenten das Wort. Aber dabei blieb es auch. Kaum hatte sich der Graf erhoben, als die Centrumsheiligen wieder mit ihren Höllenpfiffen losgellten und sich allerorts chaotische Haufen tobender, schreiender und sich streitender Männer bildeten, die sich nach dem Ausgang zu bewegten. Ein penetranter Schwefelwasserstoffgeruch verriet, daß die himmlischen Heerscharen der Centrumsgläubigen auch faule Eier und Stinkbomben geworfen hatten. Nun artete die Versammlung in eine solenne Keilerei mit Maßkrügen, Stuhlbeinen rc. aus, und die Polizei schritt zur Auflösung.

Daß der rohe Skandal von den Centrümlern planmäßig vorbereitet war, kann nunmehr unter Beweis gestellt werden. Der Münchener Post ist von eingeweihter Seite berichtet worden, daß am letzten Sonntag die katholischen Männer des St. Paulsvereins versammelt waren, um den Feldzugsplan für die geplante Versammlung der Jungliberalen festzustellen. Dabei nahm der pfälzische Abgeordnete Dr. Simmern das Wort und führte aus:

Er sei zuerst der Ansicht gewesen, daß man den Jungliberalen gar nicht die Ehre anthun solle, die Versammlung zu besuchen. Da aber, wie er sehe, eine Aktion bereits eingeleitet sei, so müsse diese auch richtig und ganz energisch durchgeführt werden. Er halte es für absolut unrichtig, sich an der Diskussion zu beteiligen, da man solche Leute überhaupt nicht überzeugen könne, weil sie sich nicht überzeugen lassen wollen. Redner empfahl, den Referenten Hoensbroech durch Pfuirufe zu unterbrechen und ihm stets das Gegenteil von dem zuzurufen, was er behaupte. Redner gab dann seine Erfahrungen aus der Pfalz zum besten, wie man Versammlungen sprengt. Die Katholiken mögen sich an den verschiedenen Tischen günstig verteilen. Es sei dies zwar ein kleiner Spitzbubenstreich, aber gerade kein schlechter.

Man kann sich denken, wie dieser humane Mahnruf aus der Pfalz auf die oberbayerischen Centrumsköpfe wirkte. Alte Kirchweihreminiszenzen tauchten wieder auf; all die kleinen Scherze, mit denen die christkatholische Bevölkerung Oberbayerns ihre kirchlichen Feiertage verschönert, konnten in der liberalen Versammlung eine vom guten Zweck geheiligte Verwendung finden. Der Verlauf der Versammlung hat gezeigt, daß die Münchener Centrumschristen nicht hinter den Erfahrungen zurückgeblieben sind, die der fromme Dr. Simmern unter den Pfälzer „Krischern" gemacht hat.

Der württembergische Posteinheitsvertrag. Das Amtsblatt des Reichspostamts veröffentlicht das Uebereinkommen der Reichspostverwaltung mit der württembergischen Postverwaltung über die Einheitsmarke, welches am 1. April in Kraft tritt. Danach soll die Selbständigkeit der württembergischen Postverwaltung erhalten bleiben. Der Anteil Württembergs an den Einnahmen wird berechnet, indem die Einnahme Württembergs aus dem Verkauf der Wertzeichen des Jahres 1899 zu Grunde gelegt und der jährliche Prozentsatz zugeschlagen wird, um den die württembergischen Wertzeicheneinnahmen in den dem Jahr 1899 vorangegangenen drei Rechnungsjahren durchschnittlich gewachsen sind. Württemberg kann jedoch während der ersten fünf Jahre verlangen, daß eventuell sein Jahresanteil nach dem Verhältnis der beiderseitigen Einnahmen im Jahr 1899 berechnet wird. Nach Ablauf von fünf Jahren muß sich Württemberg entscheiden, welche Berechnungsart künftig maßgebend sein soll. Die Herstellung der neuen Marken erfolgt durch die Reichsdruckerei; da die früheren württembergischen Wertzeichen billiger hergestellt wurden, erhält Württemberg jährlich 30000 Mk. vergütet. Die besonderen Wertzeichen Württembergs für amtlichen und Bezirksverkehr werden für Rechnung Württembergs beibehalten. Das Uebereinkommen ist bis 31. März 1906 unkündbar; von da an steht jeder Verwaltung einjähriges Kündigungsrecht zu.

kw. **Aus Hessen**, 12. März. Die Budgetberatung soll in der Zweiten Kammer bis zum Donnerstag beendet werden und am Freitag wird dann der Finanzausschuß der Ersten Kammer das Budget in der von der Zweiten Kammer beschlossenen Fassung beraten. Beim Justizetat wurde gestern die Regierungsvorlage auf Verstaatlichung des Gerichtsvollzieherinstituts gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, obwohl sie früheren Wünschen aus dem Hause entsprechend eingebracht war. Auf eine Anfrage des Genossen Ulrich erklärte Justizminister Dittmar, daß der beim Bundesrat eingebrachte Antrag Hessens auch Gewährung von Entschädigungen für unschuldig Verhaftete vorsehe und daß damit einem früheren Antrag Ulrich Rechnung getragen sei. Auf die Beschwerde Ulrichs, daß er trotz seiner Abgeordneten-Immunität vom Offenbacher Amtsgericht eine Vorladung zu einem Termin in einer Privatklagesache erhielt, erklärte Minister Dittmar, daß diese Angelegenheit erledigt sei, weil sich ja Ulrich mit Erfolg gegen das Vorgehen des Gerichts gewehrt habe.

Trotz aller Bemühungen beim Abstreichen am Etat ist es beim besten Willen nicht möglich, diesen ohne Steuererhöhung zu balancieren, und wie die letzten Verhandlungen des Finanzausschusses ergeben, bleibt eben nur die Erhöhung der Vermögenssteuer übrig! Zwar versuchte man nun noch die Einkommensteuer stärker heranzuziehen, um die stärkeren Schultern nicht allzu sehr zu belasten; aber der Widerstand der Regierung scheint diesen Plan vereitelt zu haben, denn die Wormser Zeitung weiß zu berichten, daß man sich dahin verständigt habe, die Erhöhung der Vermögenssteuer erst bei 20000 Mk. eintreten zu lassen.

G. **Straßburg i. E.**, 12. März. Um die sozialistischen Vertreter künftighin aus der Bürgervertretung auf dem hiesigen Rathause fernzuhalten, planen die reaktionären Parteien einen Anschlag auf das Gemeindewahlrecht. Sie wollen nämlich an die Stelle der bisherigen Wahl nach lokal abgegrenzten Stadtbezirken die Listenwahl einführen unter Zugrundelegung des gesamten Stadtgebietes als eines einzigen Wahlbezirkes. Dadurch würde es den bürgerlichen Parteien leicht möglich, durch Aufstellung einer gemeinsamen Kompromißliste, wie das bereits bei den letzten Wahlen geschehen, die sozialistischen Wähler vollständig zu majorisieren und jede Vertretung der Arbeiterschaft künftighin vom Rathause fernzuhalten. Bereits früher einmal, in den 70er Jahren, bildete die Stadt bei den Gemeindewahlen einen einzigen Bezirk. Das änderte sich, als es sich für die Regierung nach Ablauf der wegen protestlerischer Haltung verfügten Suspension des Gemeinderates darum handelte, nun auch den eingewanderten altdeutschen Elementen eine Vertretung auf dem Rathause zu sichern. Inzwischen ist an die Stelle des Kampfes der Nationalitäten auch bei den Straßburger Kommunalwahlen die parteipolitische Parole getreten, und die Sozialdemokratie hat sich dabei zu einer Machtstellung in der Gemeinde emporgearbeitet, auf Grund deren sie vor einigen Jahren drei Vertreter auf das Rathaus zu entsenden vermochte. Die Bezirkseinteilung kam ihr dabei insofern zu statten, als sie in einzelnen, stark mit Arbeitern durchsetzten Stadtteilen die Bildung sozialistischer Mehrheiten begünstigte. Auch dies soll jetzt geändert werden. Mit 14 gegen 13 Stimmen beschloß der Gemeinderat dieser Tage die Bezirkseinteilung, und von der Entscheidung des Bezirkspräsidenten hängt es nunmehr ab, ob dem Anschlag der Reaktionäre auf das Wahlrecht der Straßburger Arbeiterschaft die behördliche Sanktion erteilt werden wird.

Kleine politische Nachrichten. Der bekannte Militärschriftsteller **Fritz Hönig**, der erst unlängst die Knebelung der militärischen Geschichtsschreibung durch den Duellunfug in einer aufsehenerregenden Schrift enthüllte, ist in Halberstadt nach einer Gallensteinoperation **gestorben**. — In Spanien ist eine **partielle Ministerkrise** ausgebrochen. Der Finanzminister Urzeiz ist zurückgetreten. Außerdem soll das Ministerium des Innern anderweitig besetzt werden. — Die **Burendelegierten** Wessels und Wolmarans haben dem Präsidenten Roosevelt einen Abschiedsbesuch abgestattet. Sie werden Chicago und andere Städte besuchen und sich etwa am 20. d. Mts. wieder einschiffen. — Wie die Vossische Zeitung hört, wird **in Samoa** die Organisation einer Polizeitruppe beabsichtigt, die sich nur aus Farbigen zusammensetzen wird. Nur die Stelle des Polizeimeisters und des Polizeibeamten von Savai, sowie des Vorstehers der Stadtpolizei in Apia soll weißen Beamten vorbehalten sein.

Oesterreich-Ungarn.

Nix daitsch!

Budapest, 12. März. In Beantwortung einer Interpellation des Abg. Nessi (Kossuthpartei) betreffend Abschaffung der deutschen Sprache als Lehrgegenstand an den Budapester Elementarschulen erklärt Unterrichtsminister v. Wlassics, die Schulstühle von 13 Bezirken der Hauptstadt hätten sich gegen den deutschen Unterricht in den Elementarschulen ausgesprochen und der Magistrat habe einen Beschluß des städtischen Unterrichtsausschusses auf Ausscheidung des Deutschen aus dem Lehrplan dem Ministerium unterbreitet. Der Minister fügt hinzu, er könne nichts dagegen einwenden, wenn der Magistrat die Abschaffung des Deutschen beschließe, weil der Unterricht im Deutschen in den Elementarschulen kein obligatorischer Unterrichtsgegenstand und bisher nur gewohnheitsmäßig erteilt worden sei. Er könne nur dafür sorgen, daß der Unterricht im Deutschen, von dessen Nützlichkeit und Notwendigkeit er überzeugt sei, dort mit Erfolg gehandhabt werde, wo dies gesetzlich vorgeschrieben sei, nämlich in den Bürger- und anderen Mittelschulen. (Allgemeine Zustimmung.) Die Antwort des Ministers wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Belgien.

Das allgemeine Stimmrecht.

Brüssel, 12. März. Die Repräsentantenkammer beschloß auf Antrag des Ministerpräsidenten, heute die Beratung über das allgemeine Stimmrecht zu beendigen, obwohl noch eine große Anzahl Redner auf der Liste stand, und die Budgetberatung zu beginnen.

Dänemark.

Wahlrechtsänderung.

Stockholm, 12. März. Die Regierung hat heute einen Gesetzentwurf, betr. Ausdehnung des politischen Stimmrechts vorgelegt. Hiernach soll jeder, der das 25. Lebensjahr erreicht hat und das kommunale Stimmrecht besitzt, auch das politische Stimmrecht haben. Ausgenommen sind diejenigen, welche die staatliche oder kommunale Steuer in den letzten zwei Jahren nicht bezahlt haben, sowie Wehrpflichtige vor Ablauf ihrer Dienstzeit. Verheiratete Personen und solche, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, sollen zwei Stimmen haben.

Hierzu eine Beilage.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020313/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Inserate

für die nächste Sonnabend-Nummer, die in erhöhter Auflage erscheint, werden bis Freitag abends 6 Uhr erbeten.

Die Expedition.

Holzarbeiter!

Wir machen die Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß die Stimmzettel betr. Arbeitslosen-Unterstützung bis 15. März an die Ausgabestellen zurückzugeben sind. Auch sind Stimmzettel im Verbandsbureau zu haben.

Sonnabend den 15. März abends ½9 Uhr: **Grosser Lichtbilder-Vortrag im Felsenkeller zu L.-Plagwitz.** Großartiges Programm. Eintritt 10 Pfg. **D. L.**

An die Stellmacher Leipzigs!

Freitag den 14. März abends ½9 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Coburger Hof.

Tagesordnung: 1. **Wie schützen sich die Arbeiter gegen die Maßnahmen der Unternehmer?** Referent: Kollege **Meusch.** 2. Den Beschluß der Innung betreffend: **Verlängerung der Arbeitszeit.** 3. Gewerkschaftliches.

Alle Stellmacher werden zu allseitigem Besuch der Versammlung aufgefordert.

2401] **Die Sektionsleitung der Stellmacher.**

Achtung, Schmiede!

Sonnabend den 15. März abends ½9 Uhr an Stelle der Mitglieder-Versammlung

Großer Vortragsabend

2374] **im Coburger Hof, Windmühlenstraße.**

Lichtbilder-Vortrag über **Sven Hedin: Durch Asiens Wüsten.** Erläutert durch 85 Riesen-Lichtbilder. Ausgeführt vom Institut Kosmos.

Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Die geehrten Frauen der Mitglieder sind hierzu besonders eingeladen.

Achtung! Achtung!

Steinetreiber von Leipzig und Umgegend.

Freitag den 14. März abends ½9 Uhr

Versammlung

im Gosenthal, Dufourstraße.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Centralverband. 2. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 3. Gewerkschaftliches. [2384

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. **D. V.**

Schlosser-Krankenkasse.

Sonnabend den 15. März abends 8 Uhr

Ordentliche jährliche

General-Versammlung

in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Vorlage des Rechenschaftsberichts vom Jahre 1901 und Richtigsprechung desselben. 2. Ergänzungswahl des Gesamtausschusses an Stelle des verstorbenen Herrn Aug. Junker sowie der in diesem Jahre ausgeschiedenen Herren Ludw. Meyerbacher, Oskar Voigt, Gust. Reichenbach und Franz Dörner. 3. Etwaige Anträge. 4. Statutenänderung. 5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet [2383] **Der Vorstand.**

Wo ist Sterzelino? [2387

? Alter Lützow, Lützowstrasse 48.

Freitag den 14. bis Sonntag den 16. März

Konzert. ff. Bockbier.

Rettich gratis. Pr. Bockwürste. Es ladet ein **Joseph Jarosik.**

Restaurant Morgenröte, Hauptmannstrasse 7.

Freitag den 14. März und folgende Tage

Letzter Anstich des hochfeinen Bockbieres

2389] **der Dampfbrauerei Zwenkau.**

Dazu ladet freundlichst ein **Richard Geidel.**

Thüringer Hof, Gautzsch, Ad. Schierz.

Nächsten Sonnabend den 15. und Sonntag den 16. März

Grosses Bockbier-Fest.

Rettich gratis. Bockwürstchen ff. [2385

Alter Gasthof, Paunsdorf.

Sonnabend den 15. März abends 8¼ Uhr

Leipziger Sänger aus dem Krystallpalast

Bischoff, Seidel, Klein, Schmidt, Jentzsch, Schewitzer, Metz sowie des vorzüglichen Soubrettendarstellers **Arthur Lewrig.**

Neues grossartiges Programm.

Sängerkarten und Bons gültig.

2390] **O. Kirchhof.**

Täglich

Frische Seefische

empfiehlt

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee"

605] **Reichsstraße 25.**

Billige Schuhwaren

14 Markthallenstrasse 14.

Konkurswaren-Ausverkauf, Gerberstrasse 14

dauert nur noch kurze Zeit. Das Lager besteht noch aus **Kragen, Manschetten, Krawatten, Hemden, Hosen, Hüten, Stöcken, Strümpfen, Socken, Barchenten, Bettzeugen, Blusen, Schürzen u. s. w.** [2092

Hermann Baumann
7 Südstrasse 7
macht Freunde u. Genossen auf seine billigen solid gefertigten **Arbeits-Anzüge, Filzwaren, Schuhe u. Stiefel** aufmerksam.

Heute frischgeschlacht. Rossfleisch.
G. Köppe, Kleinzsch., Lutherstr. 14.
Pferde zum Schlachten kauft **D. O.**
Plüsch-Ottom. 45, Sofa 20, Schränke 16, Bettst. m. Matr. 18 ℳ. Burgstr. 9, I.

Rekruten von Knautkleeberg
Knauthain u. Hartmannsdorf.
Sonnabend den 15. März **Versammlung** in Voigts Restaur., Hartmannsdorf.

Freunde und Genossen
vergeßt den duften Wirt nicht.
Rohlands Max, Seeburgstraße 58.

Dienstag u. Freitag Schlachtfest
Von früh ½7 Uhr an Wellfleisch.
E. Vetters, Täubchenweg 16.

Billig! Billig!
25 Kinderwagen
sind einzeln mit 5 ℳ Anzahlung u. wöchentlich 1 ℳ Abzahlung abzugeben.
S. Osswald
Königsplatz 7, I.
gegenüber der Markthalle.

Int. Speisehaus, Lind., Giesserstr. 2. **Vorzügl. Mittagst.** inkl. Suppe 30 Pfg., 6 Speisen 1.70 Mk.

Für Wiederverkäufer!
ff. russische Sardinen Faß 1.40 ℳ, bei 10 Faß 1.35 ℳ
ff. große Fett-Bücklinge Kiste 1.50 ℳ
ff. große Bratheringe Dose 1.20 u. 3 ℳ
ff. Brad. Sardellen Pfd. 90 ₰ u. 1.60 ℳ
ff. Kieler Sprotten Kiste 70 ₰ u. 1.10 ℳ
ff. Oelsardinen ¹/₁ Dose 2 und 2.25 ℳ
Leipziger Fischhalle, Reichsstraße 34.

Speisekartoffeln, mehlreich, 10 Pfd. 25, Metze 15 Pfg.
Robert Funke, Lindenau
Ecke Gundorfer u. Wettinerstr.

Speise-Kartoffeln, hochf., Ctr. 2 ℳ 10 Pfund 25 ₰ empfiehlt **Robert Höppner, Lindenau, Aurelienstraße 37.**

Billige u. gute Möbel aus erster Hand:

Schränke, 1thürig	16 ℳ
Sekretäre, 1thürig	19 „
do. 2thürig	22 „
Pilastersekretäre, 2thürig	26 „
Muschelschränke	30 „
Säulenschränke (groß)	38 „
Polierte Schränke	45—120 „
Vertiko mit Muschelaufsatz	30 „
Säulen-Vertiko do.	38 „
Polierte Vertikos	60—120 „
Bettstelle mit guter Matratze	26 „
do. halbfranzös. m. Façonmatr.	32 „
do. gr. franz. m sehr guter Matr.	40 „
Sofa, neu, gutes Polster	30 „
Ottomane, Lehne z. Abklappen	35—60 „
Plüsch-Ottomanen	65 „
Paneel-Sofa	80 „
Plüsch-Garnituren	120—400 „
Waschtische mit Schrank	16 „
Sofatische	16—18 „
Ausziehtische	20—24 „
Küchenschränke mit Glas	24 „
Spiegel	von 3—30 „
Trumeaux	30—120 „
Stühle	3.50—10 „
Vorsaalschränke	30—60 „

Ganze Wirtschaften v. 180 - 3000 „
stets am Lager.
Musterzimmer in 1., 2., 3. u. 4. Etage.
Bei entsprechender Anzahlung Teilzahlung gestattet.
Nur eigenes Fabrikat.
Garantie für gute Arbeit. Transport frei.

Möbelfabrik

mit Dampfbetrieb [2400
(Central-Möbelhalle)
Leipzig, Bayerische Str. 24.

Ein Brot umsonst

od. 10 Pfd. Kartoffeln od. 2 Pfd. Mehl od. 2 Pfd. Quark od. 2 Ltr. Milch od. 3 Ltr. Buttermilch od. ½ Mdl Eier od. 3 Flaschen Bier bei Einkauf von **1 Pfd. Mohra-Buttererfatz (Pfd. 1 Mk.)** bei **Hechts Molk., Naust. Steinweg 26.**

Empfehle meine
Damenbinden
Gummisachen für **Massage, Wochen-** und **Krankenpflege.** [3110
Hühneraugenhobel. Halsketten für zahnende Kinder. Preisliste 30 Pfg.
Frau **Auguste Graf,** Nikolaistraße 4.

Für Frauenleiden

J. H. Gossmann [1422
Leipzig-Lindenau, Josephstraße 34.

Neugebauer,

akad. gebild., staatl. nicht geprüft. **Praktikant d. Homöopathie u. Naturheilmethode,** früher an **Dr. Willm. Schwabes** Poliklinik, behdlt. u. langj. Erf. **Geschlechtskrankh. d. M. u. Fr., Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Haut-Leiden, Krampfadergeschwüre** etc. mit nachweislich vorzüglichen Erfolgen. **Reichsstr. 33/35** Sprechst. 9-2, 5-8, Sonnt. 10-1; u. auswärtig briefl.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I. am Markt u. Rathaus.

Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinste **Winter-Paletots,** komplette Anzüge, alle Façons u. Weiten. Eleg. Fracks u. Gesellschaftsanzüge, auch leihweise.

Sofort darauf zu warten.

Herrensohlen u. Absatzflecke v. ℳ 1.90 an
Damensohlen u. Absatzflecke v. ℳ 1.50 an
Kindersohlen u. Absatzflecke ℳ 0.80—1.50
Flickerei, Schuhveränd. schnell, gut, billig
Gummizüge 1 ℳ.
Dampfschnellsohlerei Münzgasse 7.

Die besten

Maurer-Jacken u. Engl. Lederhosen für alle Gewerke kauft man nach wie vor bei **E. Neumann, Leipzig, Mühlgasse 14, II. l.** Lieferant f. Militär und Behörden. — Solide Arbeit. Gute Qualitäten. Billige Preise. [2397

Anton Böttcher
Möbeltransportgeschäft [2342
L.-Kleinzschocher, Lutherstrasse 5.

Fleischer-Jacken

sowie **Berufskleidung** für **Bäcker-, Konditor-, Koch-** und **Stuckateur-Gehilfen Bildhauer-** und **Malerkittel** Lager sämtlicher **Leibwäsche** und [2396

Maschinisten-Anzüge
empfiehlt außerst preiswert
Hugo Blum
9 Reichsstrasse 9, pt.

Erbschaftshalber bin ich gesonnen, mein Grundstück Nr. 24 in **Zitzschen b. Eythra,** 10 Min. v. d. Bahnstation Großdalzig entfernt, sof. zu verkaufen. Dieses besteht aus **Wohnhaus, Stall, Scheune u. Obstgarten.** Feldgrundstück nach Uebereinkommen. Die Gebäude sind vor 4 Jahren neu gebaut. Die Lage ist sehr gut, pass. f. jedes Geschäft, hauptsächlich aber f. Fleischer od. Bäcker, da noch kein derartiges Gewerbe in dem nicht kleinen Orte betrieben wird. [2395

Sweaters!
Einen großen Posten **Herren-** und **Knaben-Sweaters** giebt **unter Herstellungspreis,** auch im einzeln, ab die Fabrik **Weststr. 67, pt.** Comptoir. P. S. Schon von ℳ **1.25** in Herrengrößen ab. **Für Wiederverkäufer u. Vereine extra billige Preise.**

Hand- u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Kirchst. 67

Rot. Bett, 9 ℳ, sof. z. verk. Nordstr. 27, I. l.

Stabile Fahrräder
für Dam. u. Herren ℳ 1.25, 1.50, 1.75, 2.00.
Gefahrene Räder billigst.
Sommerlatte. Pfaffendorfer Str. 13.

Fahrradmäntel v. Mk. 7 an, **Luftschläuche** Mk. 4.50 u. 5.—. Humbo distr. 33.

Prima Laufdecken 6.50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk. Reparaturen an Fahrrädern schnell und billig.
Kurprinzstr. 16.

Gebr. **Singer-Nähmaschinen** von 15 Mk. an. Reparat. u. Ersatzteile billig. Alleinverk. b. **Original-Victoria.** Lehrkurse in der modernen Kunststickerei. **H. Schube, Peterstraße 34, im Hof.**

Fahrrad-Reparatur-Werkstelle
L.-Reudnitz, Bergstraße 18.
Neue Fahrräder v. 140 ℳ an mit Garantie.
Laufdecken v. 7.50 ℳ an mit Garantie.
Lager sämtlicher Zubehörteile.

Produktengesch. m. Schl. i. g. Lage f. jeden annehmb. Pr. z. v. Off. u. E. 28 a. d. Exp. d. Bl.

Ein noch wenig gebr. Kochherd ist billig z. verk. Eutritzsch, Wittenberger Str. 7, I.

Eine Gartenpumpe billig zu verkaufen. Sellerhausen, Bernhardstraße 53, II.

E. fast neue Nähmaschine ist preiswert zu verk. Schleußig, Blümnerstr. 21, M.

Ob., Unterb., 2 K. 14 Mk. Weststr. 82, IV. l.

Gebr. Sofa für 6 Mk. zu verkaufen. Gohlis, Aeußere Hallesche Str. 103, I. r.

Eiserne Reckstange billig zu verkaufen. Plagwitz, Weißenfelser Str. 48, III. r.

Gelegenheitskauf! G. Geigen verk. spottb. Burkert, Kl.-Zschocher, Schönauer Weg 8.

Ein gut erh. F-Helikon, tiefe Stimmung, billig zu verk. Dölitz, Schloßstraße 14.

2sitz. Sportw., w. neu, m. Kast. u. Verdeck b. z. v. Reudn. Kuchengartenstr. 8, I. Aufg. II.

Ein gut erh. 2sitz. Sportwagen billig zu verk. Lindenau, Hermannstr. 26, III. r.

Fast neuer Sitzwagen billig zu verk. Kleinzschocher, Albertstr. 24, II. r.

Gebr. Sitzwagen billig zu verkaufen. Wahren, Bahnhofstraße 25, III. l.

Kinderwagen für 6 Mk. zu verkaufen. Wurzener Str. 5, Cigarrenladen.

Ein gut erh. eleganter Kinderwagen billig zu verkaufen. Jahnstr. 8, pt. r.

E. Kinderwagen m. Gummireifen billig z. verk. Reudnitz, Kohlgartenstr. 30, IV. W.

Kinderwagen billig zu verkaufen. Leutzsch, Lindenauer Str. 42, H. I.

Umzugshalber Kinderwagen billig zu verk. Plagwitz, Mühlenstr. 50, IV. M.

Besserer gut erh. Kinderwagen preiswert zu verk. Lindenau, Wettiner Str. 79, I. l.

Kanarienhähne u. W., sowie Heckb. z. verk. Lindenau, Bismarckstr. 46, II. l.

Gebr. Sofa u. gr. Kinderbettstelle z. k. ges. H. Müller, Möckern, Kirschbergstr. 39, II. r.

Gebr. zinnerne Badewanne zu kaufen gesucht. Seeburgstraße 50, IV.

Altes Gold kauft z. höchst. Preisen Uhrmacher Becker, Naust. Steinweg 33.

Gebr. Möbel kauft Wedrak, Burgstr. 9, I.

Schneidergehilfe gesucht. Großzschocher, Mittelstr. 33, I.

Lernende für Damenschneiderei werden angenommen Anger, Karlstr. 10, III.

Jg. Mädch. k. Weißnäh. u. Sticken gründl. erlernen. Plagwitz, Zschochersche Str. 42, I.

Frau sucht Beschäftig. im Handstricken od. Häkelarb. Sellerh., Wurzener Str. 110, III.

Eine Schneiderin empfiehlt sich. Kleinzschocher, Plagwitzer Str. 29, Hth. II. r.

Gebr. Möbel werd. gut u. bill. **aufpoliert. Connewitz, Neuß. Elisenstr. 50,** part.

Strümpfe werden neu und angestrickt. Möckern, Albertstr. 20, Hth. part. r.

1 bis 2 Kinder werd. tagsüb. i. Pflege gen. Kleinzschocher, Neue Str. 9, Hth. II. l.

1 Kind, nicht unt. ½ Jahr, w. in gute Pflege gen. Volkmarsdorf, Wilhelmstr. 19, I. l.

Sonntag, 9. d. M. i. Saal d. 2 Lind. (Weißes Rest.) Schirm vert. Das. abzug. Max Tanzm.

Markttasche m. Plüschmant. verl. Eisenbtr., Volkmarsd. Abzug. Ludwigstr. 58, III. Eisch.

Schwarz. Spitz m. Maulkorb u. Marke 6271 entlaufen. Abzug. Stötteritzer Str. 15, Lad.

Lindenau

Geraer Str. 7, sind Wohnungen von 355 bis 365 Mk. sofort oder später zu vermieten. Offerten unter **O. 267** an **Haasenstein u. Vogler A.-G. Leipzig.**

In Oetzsch

in sehr schöner, freier Lage ein **Logis,** 2 Z., K., Zubehör u. Garten, 320 Mk., ein **Logis,** 1 Z., K. u. Zubehör u. Garten, 220 Mk., per 1. April dss. Js. zu vermieten. Näheres Bayerische Straße 6, Hof, Gartengebäude. [2398

Logis, 2 2fstr. St., K., K., K. u. Bod.-K., 350 ℳ, I. Etg., 1./4. z. verm. Schleußig, Rödelstr. 2.

Billiges Logis, St., K., K., K., 1. April z. verm. Volkmarsdorf, Konradstr. 86, I. l.

Kammer, Küche, Keller sof. a. einzelne Leute z. v. Kleinzschocher, Gustav Adolf-Str. 10.

Große leere Stube zu vermieten. Plagwitz, Alte Straße 6.

Leere 2fenstr. Stube sof. z. verm. Plagwitz, Zollschuppenstr. 7, II. Fr. Wandrusch.

Leere Stube sofort zu vermieten. Kleinzschocher, Bahnhofstr. 35, IV. r.

L. 1fstr. Stube m. Of. f. 8 ℳ z. verm. Kinder in Pfl. gen. Kleinzsch., Eythraer Str. 10, pt. r.

Frdl. 2fstr. Stube an einz. Pers. 1. Apr. z. verm. Z. erfr. Lind., Josephstr. 21, Sg. pt.

Freundl. leeres Zimmer zu vermieten. Volkmarsdorf, Wilhelmstr. 19, III. l.

Frdl. möbl. Stube sof. od. sp. an 1 Herrn zu verm. Connewitz, Neuß. Elisenstr. 50, pt.

Leere Stube mit Ofen im Centrum der Stadt gesucht. Off. u. D. 27 a. Exp. d. Bl.

Schneider f. Nähe Schloßkell. sch. hell, Sippl. m. g. Werkz. Off. O. G. postl. Neudn., Amtsh.

Unser Emil Steiniger soll leben.
Dein Blaukopf.

Uns. lieb. Vater die herzl. Glückw. zu s. Geburtst. send. Hanni u. Fritzchen Schäfer.

Meinem Quasselkopp Ernst die besten Glückwünsche. Der seine Mann.

Herr Ernst Reichel soll zu seinem 23. Geburtstag leben.

Uns. lieb. Vater Herm. Binder d. best. Wünsche z. Geb. Mutter, Martha, Frida, Anna, Klara.

Kreuschens Paul soll leben u. seine liebe Martha daneben. Familie S....r.

Extrabeilage dieser Nummer: Von der Firma Leipziger Konkurrenz-Gesellschaft, L.-Lindenau, am Markt, ein Prospekt für die Abonnenten im Westen Leipzigs.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020313/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Reichstag.

168. Sitzung. Mittwoch den 12. März 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Eine Anzahl von Petitionen, die von der Kommission als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind, werden entsprechend diesem Votum der Kommission erledigt.

Die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt wird in erster Beratung debattelos erledigt.

Darauf wird die

dritte Lesung des Etats

fortgesetzt beim Etat des Reichsamts des Innern. Kapitel: Reichsversicherungsamt.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) kommt auf den Fall des Dr. Blasius, eines Vertrauensarztes einer Berufsgenossenschaft zurück. Die Gutachten dieses Arztes waren geeignet, die Gesundheit, die Ansprüche und das Leben der betreffenden Arbeiter schwer zu schädigen. Dr. Spengler, der den Gutachten des Dr. Blasius entgegentrat, ist in zweiter Instanz vollständig freigesprochen worden. Das ganze System der Vertrauensärzte ist überaus schädlich und muß beseitigt werden. In Bezug auf die hohen Gehälter, welche ehrenamtliche Vorsitzende der Berufsgenossenschaften erhalten, habe ich schon bei der zweiten Lesung 13 Fälle angeführt, in denen Gehälter bis 16000 Mk. gezahlt wurden. Graf Posadowsky erklärte daraufhin, das Reichsversicherungsamt habe die Höhe der Entschädigungen festgesetzt und damit sei die Sache erledigt. Erstens aber ist dieser Beschluß in ungesetzlicher Weise ohne Zuziehung von Vertretern der Versicherten gefaßt worden und zweitens ist auch das Reichsversicherungsamt eine abhängige Behörde, die die Gesetze zu achten hat. Es scheint beinahe als eine Verhöhnung des Gesetzgebers, wenn das Reichsversicherungsamt, dem das Recht gegeben ist, diese Zustände zu beseitigen, das nicht thut, sondern sie noch sanktioniert. Gegen diesen Mißbrauch der Amtsgewalt muß der Herr Staatssekretär eintreten. Die Arbeiter haben den Eindruck, daß die Berufsgenossenschaften zu einem Staat im Staate geworden sind, der die Gesetze vollkommen verachtet, sollen die Arbeiter nicht glauben, daß bei uns eine Klassengesetzgebung herrscht und daß die Behörden ohnmächtig sind gegenüber den Uebergriffen der Arbeitgeber, dann muß der Staatssekretär dafür sorgen, daß das Reichsversicherungsamt diesen ungesetzlichen Zustand beseitigt. (Beifall bei den Sozialdemokr.)

Abg. **Dr. Oertel** (kons.): Abg. Stadthagen hat, vielleicht in gutem Glauben, dem Dr. Blasius Unrecht gethan, indem er ihn einen Hausknecht und Handlanger des Unternehmertums nannte. Der Fall lag so, daß Dr. Spengler einem Ziegelarbeiter, dem ein Finger abgequetscht wurde, eine Rente für 3 Monate zubilligte, während Dr. Blasius vorschlug 20—25 Prozent der Rente für länger, als 3 Monate, zu gewähren. Dr. Blasius hat sich dabei auf das erste Gutachten gestützt. Rechnerisch hat der Arbeiter auch dasselbe erhalten, wie nach dem ersten Vorschlage. Im allgemeinen ist Dr. Blasius kein Rentendrücker, er hat in 50 Fällen mehr vorgeschlagen, als die behandelnden Aerzte.

Abg. **Dr. Roesicke**-Dessau (wildlib.): Die Ausführungen des Abg. Stadthagen waren eine unerhörte Beleidigung sowohl der Berufsgenossenschaften, als auch der Vertrauensärzte. Oft haben die Vertrauensärzte für höhere Renten entschieden, als die behandelnden Aerzte. Im übrigen aber bedaure auch ich den Beschluß des Reichsversicherungsamts über die Höhe der Entschädigung und hoffe, daß der Beschluß abgeändert werden wird.

Abg. **Graf Posadowsky** stellt zunächst auf eine Anfrage aus der zweiten Etatsberatung fest, daß die Baugewerksberufsgenossenschaften auf dem Wege fortfahren, neun Aufsichtsbeamte anzustellen. — In Bezug auf die Frage der Entschädigung ist vom Reichsversicherungsamt formell richtig verfahren worden, denn es ist ein Irrtum, daß bei den Entschlüssen über die Höhe der Entschädigung Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzugezogen werden müssen. Der ideale Zustand wäre ja, daß die ehrenamtlichen Vorsitzenden keine Entschädigung beziehen, bei der großen Arbeitslast ist das aber nicht möglich. — Herrn Hitze muß ich mitteilen, daß es dem eigenen Ermessen der Verwaltung überlassen bleibt, in Krankenhäusern die Bedürfnisse einzelner Konfessionen zu berücksichtigen.

Abg. **Hofmann**-Dillenburg (nat.-lib.) bezeichnet die Gründe, aus denen die Regierung der Resolution des Reichstags zur Besserstellung des Senatspräsidenten beim Reichsversicherungsamt nicht stattgegeben hat, als nicht stichhaltig.

Abg. **Hilbck** (nat.-lib.): Es ist unbedingt nötig, daß der Vertrauensarzt bei der ersten Rentenfestsetzung den Patienten persönlich untersucht. Auch ich bin für die Parität in den Krankenhäusern, aber sie sollte auch in anderen Fällen angewendet werden. Der allgemeine westfälische Knappschaftsverein beabsichtigte im oberen Sauerlande eine Lungenheilanstalt zu gründen. Die Verkaufsverhandlungen scheiterten aber daran, daß der Verkäufer, Frhr. v. Wendt verlangte, es sollen in der Anstalt eine katholische Oberin und nur katholische Schwestern angestellt werden.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Dr. Oertel hat von meinen Angaben nichts widerlegt. Dr. Blasius hat sein Gutachten abgegeben, ohne den Patienten gesehen zu haben, das ist eines Arztes unwürdig und schädigt die Arbeiter. In den Urteilsgründen des Landgerichts wird das Benehmen des Dr. Blasius als leichtfertig bezeichnet. Dadurch, daß Dr Oertel den Versuch gemacht hat, ein solches vom Gericht als leichtfertig gekennzeichnetes Verfahren zu widerlegen, hat er gezeigt, daß ihm die volle Objektivität gegenüber dem konservativen Durchfallskandidaten Dr. Blasius mangelt. Ich hoffe, daß der Fall Blasius die Aufhebung des gemeingefährlichen Systems der Vertrauensärzte zur Folge haben wird. (Bravo! b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel Reichsversicherungsamt wird bewilligt.

Beim Kapitel Aufsichtsamt für Privatversicherung liegt aus der 2. Lesung die Resolution Büsing (nat.-lib) vor, die obligatorische Zulassung der Zillmerschen Methode fordert.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** bittet um Ablehnung der Resolution, diese Frage haben nur die richterlichen Instanzen zu prüfen.

Die Resolution wird hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Nationalliberalen abgelehnt.

Der Rest des Etats wird debattelos bewilligt.

Es folgt der Militäretat.

Reichsschatzsekretär **Frhr. v. Thielmann:** Ich will gleich erklären, daß die verbündeten Regierungen dem Antrage Stockmann auf Einsetzung von 154000 Mk. für den Erweiterungsbau beim Bekleidungsamt des Gardecorps in Berlin zustimmen.

Abg. **Gröber** (Centr.): Nach einer Unterredung mit Herrn v. Alten muß ich feststellen, daß er seine Erhebungen nicht angestellt hat, als die Untersuchung gegen Marten und Hickel bereits eingeleitet war, wie ich irrig annahm, sondern zu einer Zeit, als ein Verdacht gegen eine bestimmte Person noch nicht vorlag. Dadurch erscheint das Vorgehen des Gerichtsherrn doch in milderem Lichte. (Bravo! im Centrum.)

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) beschwert sich darüber, daß polnische Soldaten in der Kaserne untereinander nicht polnisch sprechen dürfen.

Abg. **Zubeil** (Soz.) führt Beschwerde über Mißstände im Kantinenwesen. Bei dem jetzigen Zustande der Generalpachten hat die Militärverwaltung gar keinen Einfluß mehr auf die einzelne Kantine. Der Pächter in Spandau hat auch die Kantine in Döberitz; es wird nun behauptet, daß er die in Spandau nicht verbrauchten Speisen in Döberitz verwende.

Abg. **Gäbel** (Antis.) bringt einen Fall von Soldatenmißhandlung im 12. Armeecorps zur Sprache, bleibt aber im Zusammenhang unverständlich.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) kommt auf den Fall des Oekonomiehandwerkers Redmann zurück, der wegen Verweigerung der Annahme der Chinamedaille zu drei Tagen Mittelarrest verurteilt wurde. Der Mann ist verurteilt worden auf Grund eines Erlasses des Kriegsministers, der zu Meineid und Unwahrheit Anlaß giebt. Aber auch der Kriegsminister hat kein Recht, gegen die Gesetze der Wahrheit zu handeln. (Zurufe rechts.) Ihre Zurufe beweisen, daß Sie das Gegenteil verlangen. Wenn der Kriegsminister auf dem Standpunkt steht, daß sozialdemokratische Gesinnung im Heere nicht bethätigt werden darf, so muß er ein Gesetz vorlegen, daß Sozialdemokraten von der allgemeinen Wehrpflicht ausgenommen sind. Heute aber bilden die Sozialdemokraten den vornehmsten Teil des Heeres, weil sie die Wahrheit sagen. Diese aber steht höher, als ein Erlaß des Kriegsministers. (Bravo! bei den Soz.)

Preußischer Generalmajor **v. Tippelskirch**: Das Kriegsministerium muß sich versagen, auf den Fall Redmann einzugehen, da die Untersuchung durch Einlegung der Berufung noch nicht abgeschlossen ist.

Abg. **Zubeil** (Soz.) bringt die Beschuldigungen eines auf der Spandauer Pulverfabrik beschäftigt gewesenen Arbeiters zur Sprache, die dieser gegen einen Oberleutenant erhoben hat. Er bitte den Herrn Kriegsminister, feststellen zu lassen, ob die Angaben des Arbeiters wahr oder böswillige Verleumdungen sind.

Generalmajor **v. Einem** kann eine präcise Antwort nicht geben, will jedoch der Angelegenheit nochmals nähertreten.

Abg. **Pauli**-Potsdam (kons.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Zubeil. Derselbe habe sich großer Uebertreibungen schuldig gemacht, wie aus Zuschriften aus Arbeiterkreisen zu ersehen ist.

Abg. **Zubeil** (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Pauli beweisen, daß er von den Arbeiterverhältnissen nichts versteht. Wenn Herr Pauli sagt, in den sozialdemokratischen Versammlungen herrsche ein so rüder Ton, daß jeder Gegner sich scheue, dort das Wort zu ergreifen, so hat er damit bewußt oder unbewußt eine schwere Verleumdung ausgesprochen. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht einen Kollegen beschuldigen, daß er eine Verleumdung ausgesprochen habe. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Zubeil (fortfahrend): Herr Pauli hat besonders die Wohlfahrtseinrichtungen gelobt. Ist ihm nicht bekannt, daß die Arbeiter sich in der Geschützgießerei Kisten unter die Füße stellen müssen und der Raum andauernd mit Qualm erfüllt ist? Wenn Herr Pauli die Zustände dort besichtigen will, so stellt ihm vielleicht der Herr Kriegsminister einen Jagdschein auf Ratten zu diesem Zweck aus. (Große Heiterkeit.) Redner weist im weiteren eingehend die Richtigkeit seiner Angaben über Löhne ꝛc. nach.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Zubeil und Pauli-Potsdam (kons.) wird das Ordinarium bewilligt. Bei den einmaligen Ausgaben wird der vorhin erwähnte Antrag Stockmann angenommen. Der Rest des Militäretats wird debattelos erledigt.

Es folgt der Marineetat.

Abg. **Südekum** (Soz.) fragt an, ob es wahr ist, daß Schiffsbauführer das Reserveoffizierspatent haben müssen und daß solche, die das Patent wegen eines körperlichen Fehlers nicht erwerben konnten, den Staatsdienst aufgeben mußten.

Viceadmiral **Diederichsen:** Das ist meines Wissens nicht geschehen, ich wäre dankbar, wenn man mir Namen nennen würde.

Abg. **Singer** (Soz.): Es kommt vor allem darauf an, ob eine Verfügung besteht, die bestimmt, daß nur die zugelassen werden, die das Patent besitzen.

Viceadmiral **Diederichsen:** Das trifft zu: sie werden erst Seekadetten, dann Reserveoffiziere, dann Bauführer.

Abg. **Dr. Südekum** (Soz.): Ich möchte noch auf die schwarzen Listen hinweisen, die von den kaiserlichen Werften geführt werden. In diesen Listen sind diejenigen Arbeiter mit Namen und Arbeitsnummern vermerkt, die für die Entlassung vorgesehen sind. Die angegebenen Gründe für die Entlassung sind oft sehr eigenartig. Einige Arbeiter sollen „faul" und „frech" sein, andere „niederträchtig". Einer dieser Arbeiter ist 18 Jahre auf der Werft thätig gewesen, ein anderer, 60jähriger Mann, der als „faul" bezeichnet wird, 27 Jahre. Die ganze Liste macht den Eindruck, als ob die Qualitäten, die eingeschrieben sind, nicht immer sachgemäß waren. Man sollte lieber wahrheitsgemäß die Gründe angeben und nicht durch ein derartiges Listensystem Beunruhigung unter den Arbeitern erzeugen. Wenn die Werften der kaiserlichen Marine mit Recht den Ehrentitel „Musteranstalten" verdienen sollen, muß dieses System abgeschafft werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geh. **Admiralitätsrat Harms:** Wegen Arbeitsmangels mußten vor einiger Zeit verschiedene Arbeiter entlassen werden. Da den Leuten sechs Wochen vorher gekündigt werden mußte, mußten die Leute notiert werden, die zur Entlassung in Frage kamen. Die Liste hat mehrere Stadien der Kontrolle durchgemacht. Dabei wurden gerade die Leute von der Liste gestrichen, die Herr Südekum anführte.

Abg. **Südekum** (Soz.): Die Wirkung der mehrfachen Kontrolle ist allerdings bei den Listen zu bemerken. Verschiedentlich haben die unteren Instanzen nicht gewußt, welchen Grund der Entlassung sie angeben sollten, und da ist dann nachher einfach von anderer Seite das Wort „Aufwiegler" mit Bleistift eingefügt worden.

Damit schließt die Diskussion. Der Marineetat wird bewilligt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

36. Sitzung der Zolltarifkommission.

(Eigenbericht der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 12. März 1902.

Der Abschnitt Küchengewächse umfaßt die Positionen 33—36, Pos. 33, Küchengewächse, frisch, sind im Entwurf von Zoll frei gelassen; Pos. 34, zum Würzen von Nahrungs- und Genußmitteln dienende Blätter und Kräuter 4 Mk. pro Doppelcentner; Pos. 35, Champignons, in Salzlake eingelegt oder sonst einfach zubereitet pro Doppelcentner 10 Mk.; Pos. 36, Küchengewächse: Erbsen, Bohnen, Sellerie ꝛc. getrocknet, 10 Mk. pro Doppelcentner.

Trimborn erstattet Bericht über die Petitionen deutscher Gärtner, in welchen auch auf die Erzeugnisse der Ziergärtnerei Bezug genommen wird.

Herold begründet einen Kompromißantrag, der Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl mit 2,50 Mk., Knollensellerie mit 4 Mk., andere mit 10 Mk. pro Doppelcentner belasten will.

Ferner will ein Antrag Wangenheim u. Gen. frische Küchengewächse: Artischocken, Blumenkohl, Speisebohnen und Erbsen, Endivien, Karotten, Kopfsalat, Rosenkohl, Spargel, Spinat, Rhabarber ꝛc. in der Zeit vom 1. Dezember bis 30. Juni mit 50 Mk., vom 1. Juli bis 30. November mit 4 Mk. pro Doppelcentner belasten.

Staatssekretär v. Richthofen ersucht, es bei den Sätzen der Regierungsvorlage zu belassen. Die Petitionen der Gärtner seien unbegründet, die Gärtnerei gedeihe ohne diese hohen Zölle. Zollfrei können wir jedoch die verschiedensten Produkte nicht lassen. Für die Regierung seien höhere Zölle unannehmbar.

v. Wangenheim begründet seinen Antrag zu Pos. 33. Im Landbau geht eine Wandlung vor sich, mancher Landwirt geht zum Gartenbau über. Dieser kann aber nur Ertrag liefern, wenn Frühgemüse erbaut werden; dazu sind Treibhäuser nötig. Wir müssen deshalb Zölle haben. Auf die Argumente des Staatssekretärs bitte ich keine Rücksicht zu nehmen; wir müssen unsere Bauern schützen, das geht der Rücksicht auf den ausländischen Gartenbau vor.

Rettich tritt ebenfalls für den Antrag ein. Der Kohlbau werde ruiniert, wenn nicht ein Schutzzoll aufgelegt werde. Die Eisenbahnfrachttarife schädigen ebenfalls unseren Gemüsebau.

Fischer-Sachsen (Soz.): Wir sind in der angenehmen Lage, bez. der Pos. 33 auf Seite der Regierung zu stehen, wir sind für Zollfreiheit der Küchengewächse. Der agrarische Antrag ist übertrieben und unvernünftig. Redner bespricht die Gemüsebauverhältnisse in Rheinland, Westfalen, Sachsen (Königreich und Provinz) und wie wichtig für die Arbeiter billiges, frisches Gemüse sei. Die ausländische Konkurrenz sei den Gärtnereien nicht gefährlich, die Zahl der Betriebe ist riesig gestiegen. Die Ausfuhr der Küchengewächse hat ebenfalls zugenommen. Beispielsweise führen die Oberlausitzer Gärtner sehr viel Küchengewächse nach Böhmen aus; sie wollen keinen Zoll. Der Staatssekretär des Auswärtigen sagte, der verlangte Zoll sei undurchführbar, das ist richtig, wenn es auch von

Kleine Chronik.

Leipzig, 13. März.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht am Freitag Felix Weingartners Operntrilogie Orestes mit Frau Pelagie Greeff-Andriessen als Klytaimnestra in Scene. — Im Alten Theater wird Alt-Heidelberg wiederholt.

Der Sonnabend bringt im Neuen Theater nachmittags ½3 Uhr für die Volksschulen von Leipzig-Land Wilhelm Tell. Ueber sämtliche Billets ist verfügt. Abends 7 Uhr gehen die drei Einakter: Ein Auserwählter, Der sechste Sinn und Post festum in Scene. — Im Alten Theater gelangt die Operette Das süße Mädel zur Aufführung.

Für Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater geht die Oper: Der Freischütz in Scene. — Im Alten Theater wird nachmittags ½3 Uhr als Vorstellung für den Leipziger Arbeiterverein: Doktor Klaus, abends 7 Uhr: Das süße Mädel gegeben.

Im Carolatheater findet am Sonntag das einmalige Gastspiel des Mr. Coquelin mit dem gesamten Künstlerpersonal der Porte St. Martin in Paris in Cyrano de Bergerac statt. Billets sind im Vorverkauf morgen von 10—3 Uhr an der Tageskasse des Neuen Theaters, am Sonnabend sowohl an dieser Kasse wie auch an der des Carolatheaters von 10—1 Uhr zu entnehmen.

= **Der Krebserreger entdeckt?** Ein Berliner Arzt, Dr. Feinberg, will den Erreger des Krebses entdeckt haben. Nach längeren sorgfältigen Untersuchungen habe er in den Gewulstschnitten frischer Krebsgeschwülste eigenartige Gebilde gefunden, die sich von allen Körperzellen scharf unterscheiden und mit den Krebsgeschwülsten in Zusammenhang stehen sollen.

nr. **Ueber ackerbautreibende Ameisen** ist viel geschrieben, was nach den Untersuchungen von Professor Wheeler, veröffentlicht im American Naturalist, in das Gebiet der Sagen zu verweisen ist. Es ist nämlich behauptet worden, daß gewisse Ameisenarten der Gattung Pogonomyrmex Reis aussäen, um ihn reifen zu lassen und später zu ernten; man hat geradezu von Ameisenreis gesprochen. Wenn die Nester der fraglichen Art zur geeigneten Jahreszeit beobachtet werden, kann man darin häufig die Arbeiter aus der Vorratskammer Reiskörner fortschleppen sehen, die sie in einiger Entfernung zu einem Haufen aufschichten. Die Körner schlagen dann häufig Wurzeln und wachsen zu Hälmchen aus, und da die Ameisen sich hauptsächlich von dieser Pflanze nähren, ist es nicht überraschend, den Ameisenreis in der Umgebung ihrer Nester zu finden. Wenn man aber annehmen wollte, daß die Ameise wie ein Landwirt dieses Getreide aussät und pflegt, um ihre Ernte davon zu nehmen, so wäre das ebenso widersinnig, als wenn man von einem Koch sagen wollte, er pflanzte und unterhielte einen Obstgarten, wenn einer der von ihm fortgeworfenen Obststeine im Boden keimt und zu einem Baum emporwächst. Die Sage von den ackerbauenden Ameisen aber wird wahrscheinlich schwer zu beseitigen sein, da sie sich auf die große Autorität von Darwin stützt und auch in dem berühmten Werk über die Ameisen von Lord Avebury wiederholt ist.

= **Die Schicksale eines Riesenmeteors.** Im Jahre 1784 erhielt der Generalgouverneur der brasilianischen Provinz Bahia die Nachricht, daß in der Nähe des Flusses Bendego auf einer Anhöhe ein außerordentlicher Stein gefunden worden wäre, der vermutlich Gold und Silber enthielte. Im folgenden Jahr beauftragte der Gouverneur einen hohen Offizier, den Stein, wenn irgend möglich, nach dem nächsten Seehafen schaffen zu lassen und ihn von dort nach der Hauptstadt der Provinz zu senden. Der Beauftragte begab sich an Ort und Stelle, fand einen riesenhaften Block von merkwürdigem Aussehen, ließ einen großen hölzernen Wagen bauen und brachte es in der That fertig, das ungeheure Gewicht auf die Achsen zu schaffen. Kaum aber hatte sich der Wagen, von 24 Rindern gezogen, in Bewegung gesetzt, als er auf einer Neigung des Wegs durch das eigene Gewicht in Schuß geriet und unaufhaltsam hinabrollte; die Achsen fingen Feuer, und 180 Meter weit von dem ursprünglichen Standort brach die Ladung zusammen. Der Generalgouverneur von Bahia beschränkte sich nun darauf, einige Bruchstücke des Steins nach Lissabon zur Prüfung zu übersenden. Von der Angelegenheit war weiter nichts zu hören bis zum Jahre 1810, als ein Fachmann Namens Mornay mit der Untersuchung der Mineralquellen im Innern von Bahia betraut wurde und sich auch nach Bendego begab, um den berühmt gewordenen Stein in Augenschein zu nehmen. Er fand den Block noch immer auf dem Gestell des Wagens liegen und erkannte auf den ersten Blick, daß er aus Meteoreisen bestand. Er schlug ein Stück von einigen Kilogramm ab und sandte es an den berühmten Physiker Wollaston, damals Sekretär der Royal Society in London. Nach der begleitenden Beschreibung von Mornay besaß das riesige Meteor folgende Maße: Länge 7 Fuß, größte Breite 4 Fuß, größte Dicke 2 Fuß, Rauminhalt 28 Kubikfuß, Gewicht 14000 Pfund. Wollaston untersuchte das Bruchstück und fand seine Zusammensetzung zu 95,1 v. H. Eisen, 3,9 Nickel und 1,0 verschiedene andere Stoffe. In den Jahren 1811—1820 besuchten noch mehrere Reisende den berühmten Stein und bemächtigten sich auch weiterer Stücke. Auf diesem Wege erhielten einige europäische Museen Proben des Steins; die Sammlung in München besitzt davon eine Masse von über 7 Pfund, diejenigen in Wien und London solche von je 5 Pfund und andere Museen kleinere Stücke. Dann vergingen fast 70 Jahre, ehe das Interesse an dem Meteor von neuem erweckt wurde. Im Jahre 1886 wollte sich der damalige Vorsteher des Nationalmuseums in Rio de Janeiro von dem berühmtesten brasilianischen Meteor ebenfalls eine Probe verschaffen, was auch gelang. Dadurch war die Angelegenheit wieder in Fluß gekommen, und im folgenden Jahr beschloß die Geographische Gesellschaft der Hauptstadt von Brasilien, den ganzen Stein in seiner noch übrigen Masse herzuschaffen und dem Nationalmuseum zu übergeben. Ein Baron de Guahy erklärte sich bereit, die Kosten zu tragen, und der damalige Handelsminister lieh seine Unterstützung für den Transport. Im August 1887 wurde eine mit amtlichen Vollmachten ausgestattete Expedition ausgerüstet, die am 7. September am Bendegofluß anlangte und alsbald ihre Arbeiten begann. Am 25. November konnte das Meteor den Platz verlassen, an dem es nun 104 Jahre gelegen hatte. Es dauerte 171 Tage, ehe die Ladung die Strecke von 113 Kilometer bis zur nächsten Eisenbahnstation zurückgelegt hatte. Von dort wurde der Stein nach Bahia gefahren, vorläufig in dem Marine-Arsenal untergebracht und am 1. Juni auf einem Dampfer nach Rio de Janeiro verfrachtet. Seit dem Ende desselben Jahres befindet er sich im dortigen Nationalmuseum. Der Stein wiegt genau 5360 Kilogramm und ist damit eins der größten bekannten Meteore. Der Leiter der Expedition veröffentlichte über deren Ergebnisse und im besonderen über alle Einzelheiten des Transports einen eingehenden Bericht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020313/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

agrarischer Seite bestritten wird. Die Zollabfertigung gefährdet die Frische der Ware.

Antrick wendet sich ebenfalls gegen den agrarischen Kompromißantrag.

Graf Kanitz wendet sich gegen die Vorredner und behauptet, der Gartenbau bedürfe des Schutzes. Die Gründe des Staatssekretärs kann ich nicht unwidersprochen lassen. Die Amerikaner, praktische Leute, haben hohe Zölle auf verschiedene frische Küchengewächse gelegt. Unsere handelspolitischen Verhältnisse werden nicht so berührt durch den Zoll, wie gesagt wurde.

Graf Posadowsky: Wie hat sich die Gärtnerei in Deutschland entwickelt? Seit 1882/95 haben die Gärtnereibetriebe um 85 Proz. zugenommen; die Zahl der darin beschäftigten Personen hat ebenfalls stark zugenommen. Die Einfuhr der billigen Gemüse, die das Volk kauft, ist am stärksten; besonders Kohl, Zwiebeln, Gurken werden eingeführt. Redner wendet sich gegen die Zollanträge Gamp und Genossen, die ca. 50 resp. 166 Prozent vom Werte betragen würden. Die Einfuhr ausländischer Gemüse verteile sich auf verschiedene Monate des Jahres. Fachleute sagen, daß unser Gemüse-Export, speciell nach Oesterreich, durch den Zoll verringert würde. Ferner ist Rücksicht auf unsere Präserven- und Konserven-Industrie zu nehmen, die der Einfuhr frischen Gemüses bedarf. Mit dieser Industrie hat sich auch die Gemüsegärtnerei gehoben. Ich bestreite, daß die Handelsgärtnerei sich in einer Notlage befindet. Erhöhen wir die Getreidezölle, so ist doch anzunehmen, daß mehr Boden zum Getreidebau benützt wird. Es kann nicht das System eines Zolltarifs sein, daß alles verzollt wird; das wäre ein verkehrtes handelspolitisches System, das den Staat isoliert.

Müller-Sagan schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Schrader verbreitet sich über den Gemüsemarkt im Inlande und tritt für die Regierungsvorlage ein.

Speck bringt einen neuen Antrag ein, der die Sätze des Gampschen Antrags für einige Gemüse niedriger stellt.

Gamp verteidigt seinen Antrag und polemisiert scharf gegen den Staatssekretär des Innern.

Wallenborn (Centr.): Die Konkurrenz ausländischen Gemüses wächst, die Gärtnereien des Westens verspüren dies, darum ist ein Schutzzoll angebracht. Die Zollabfertigung bereitet dem Handel keine Schwierigkeiten.

Graf Posadowsky verwahrt sich dagegen, einseitige Mitteilungen aus dem Wirtschaftlichen Ausschuß gemacht zu haben und bezieht sich für seinen Standpunkt auf weitere Aussagen von Sachverständigen.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Richthofen: Mehrere Aeußerungen hier machten den Eindruck, als ob das Auswärtige Amt Schwierigkeiten machte, die den Zolltarif gefährdeten. Das ist nicht der Fall. Aber je höher hier Zölle beschlossen oder neue aufgelegt werden, um so schwieriger wird es, Handelsverträge abzuschließen.

Speck begründet seinen Antrag. Paasche tritt für Zölle ein.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Wangenheim, Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl mit 2,50 Mk. Zoll zu belegen, wird gegen 8 Stimmen angenommen.

Staatssekretär v. Richthofen verlangt das Wort. Der Vorsitzende verweigert ihm dies, weil man mitten in der Abstimmung sei. Gegen diese Auffassung des Vorsitzenden protestieren mehrere Abgeordnete der Linken. Endlich erteilt der Vorsitzende dem Staatssekretär v. Richthofen das Wort, der betont, daß seine Erklärung, die Erhöhung des Zolles sei für die Regierung unannehmbar, für alle zu dieser Position beantragten Sätze gelte.

Angenommen wird dann der Antrag Speck: Artischocken, Pilze, Melonen, Rhabarber, Spargel, Spinat, Tomaten, frisch — 20 Mk. pro Doppelcentner.

Ferner Knollensellerie, Zwiebeln 4 Mk. pro Doppelcentner.

Zu Position 34: Paraguaythee, Lorbeerblätter, Salbeiblätter, Waldmeister und sonstige Würzblätter und Kräuter, getrocknet 4 Mark pro Doppelcentner, beantragen Antrick und Genossen: Zollfrei.

Stadthagen begründet den Antrag.

Geheimrat Wermuth: Der Satz ist so niedrig, daß von einer Verteuerung schwer die Rede sein kann.

In der Abstimmung wird die Regierungsvorlage angenommen.

Zu Position 35: Champignons 10 Mk., beantragt v. Wangenheim den Zoll auf 50 Mark zu erhöhen und begründet seinen Antrag.

Molkenbuhr ist gegen die Erhöhung. Pilzzüchter hätten keinen Vorteil davon, aber Speisewirte hätten Nachteil.

Geheimrat Wermuth tritt wegen der Konservenindustrie für die Regierungsvorlage ein.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Wangenheim — 50 Mk. — mit 15 Stimmen angenommen.

Zu Position 36: Küchengewächse, zerkleinert, geschält, gepreßt, getrocknet 2c. 10 Mark pro Doppelcentner, liegt ein Kompromißantrag vor, den Zoll auf 62,50 Mk. zu erhöhen.

Antrick und Genossen beantragen: Zollfrei.

Stadthagen begründet letzteren Antrag und bittet, die Sucht, hohe Zölle auf alles mögliche zu legen, aufzugeben, die Zollfreiheit für diese nötigen Speisebereitungsmittel zu beschließen.

Der Antrag v. Wangenheim und Genossen wird zu Gunsten eines neuen Antrages Speck und Genossen zurückgezogen, der der Regierungsvorlage einen 2. Absatz hinzufügen will: Artischocken, Champignons, Spargel, Spinat, Rhabarber, Melonen, Tomaten, getrocknet — 40 Mark.

In der Abstimmung wird der Zusatz Speck zur Regierungsvorlage angenommen; mit diesem Zusatz wird die Regierungsvorlage angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Sächsischer Landtag.

s. **Dresden**, 12. März.

58. Sitzung der Zweiten Kammer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst: Schlußberatung über die Petition des Kaufmanns Bruno Leonhardt in Roßwitz bei Elsterberg um Schadenersatz. Der Petent hat früher in Roßwitz eine Knochenmühle besessen und betrieben, die schon beinahe hundert Jahre besteht. Der Betrieb dieses Werkes hat aber, nachdem Häuser in seiner Nähe errichtet worden sind und weil Leonhardt auch Knochen in ungetrocknetem Zustande verarbeitet hat, Anlaß zu Beschwerden gegeben. Die Geruchsbelästigungen sind so stark gewesen, daß in den in der Nähe der Knochenmühle liegenden Häusern kein Fenster geöffnet werden konnte. Die Amtshauptmannschaft Plauen hat daher zunächst dem Petenten aufgegeben, nur ausgetrocknete Knochen zu verarbeiten, daran kehrte sich jedoch Leonhardt nicht und ging auch auf einen späteren Vergleichsvorschlag, wenigstens im Sommer ausgetrocknete Knochen zu verarbeiten, nicht ein. Daraufhin ist die Schließung der Knochenmühle verfügt worden. Der Petent ist, nachdem ihm auch ein Projekt, seine Knochenmühle in ein Elektricitätswerk umzuwandeln, fehlgeschlagen ist, infolge der erwähnten Maßregel völlig verarmt und verlangt nun vom Staate Ersatz des Schadens. Die Deputation hatte in erster Linie zu prüfen, ob der Betrieb in der Knochenmühle ein derartiger war, daß die für eine eventuelle Schließung des Betriebs einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung Anwendung finden dürften. Da sie jedoch keinen Grund gefunden hat, die Berechtigung der Maßnahme anzuzweifeln, schlägt sie vor, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Abg. Zeidler ist der Meinung, daß man zu rasch mit der Schließung der Knochenmühle vorgegangen sei und bemängelt, daß der Petent nicht genügend von der Behörde belehrt worden ist.

Nach einer kurzen Erwiderung des Berichterstatters, Abg. Dietrich, beschließt die Kammer, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

In einer anderen Petition ersuchen die katholischen Schulgemeinden der sächsischen Erblande um gleichmäßige Behandlung der katholischen Minderheitsschulen bezüglich der Zuwendung der Besitzveränderungsabgaben zu Schulzwecken. Die Petenten weisen darauf hin, daß in verschiedenen Orten Sachsens die katholischen Schulgemeinden durch ihre Vorstände an die Stadtverwaltungen das Ersuchen gerichtet haben, den katholischen Minderheitsschulen ebenfalls einen Teil der Besitzveränderungsabgaben zu gewähren. Sie sind jedoch damit abgewiesen worden. Die Petenten weisen besonders auf einen ablehnenden Beschluß des Stadtrats zu Radeberg hin. Beschwerden sind erfolglos gewesen und das Ministerium hat sich ebenfalls auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt und diesen damit begründet, daß die Gewährung der Forderung eine Aenderung des Parochiallastengesetzes bedinge. In der Deputation hat die Regierung darauf hingewiesen, daß jetzt die Entscheidung über diese Frage dem Oberverwaltungsgericht zustehe. Die Petenten weisen noch darauf hin, daß in einigen Orten der Lausitz, so in Seitendorf, Reichenau und Schirgiswalde, ihre Forderung bereits erfüllt sei. Gleichzeitig mit den katholischen Schulgemeinden bittet der katholische Bürgerverein zu Dresden um eine Aenderung des Parochiallastengesetzes. Die Deputation schlägt vor, beide Petitionen auf sich beruhen zu lassen. Sie hielt es unter anderem nicht für thunlich, die Regierung zu einer Aenderung des Parochiallastengesetzes zu drängen. Die Kammer beschließt, die Petitionen auf sich beruhen zu lassen.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Dekret 28, Berichtigung von Wasserläufen betreffend und Dekret 29 über Wasserbauangelegenheiten.

Der Krieg in Südafrika.

Die Verlustliste.

Eine vom Kriegsamt veröffentlichte Verlustliste der Niederlage Methuens giebt folgende Zahlen an: Getötet an Offizieren und Mannschaften 63, verwundet 119; gefangen 204. Da 550 Mann gleich bei Beginn des Kampfes flohen, so betragen die Verluste im ganzen 926 Mann.

Aus dem Haag wird berichtet: Da eine Amputation des Fußes des Generals Methuen notwendig geworden ist, die Buren jedoch keinen Arzt im Lager haben, so wird der Tod Methuens befürchtet.

Der Vormarsch der Buren.

Wie aus Heilbron gemeldet wird, haben Dewet und Steijn vor zwei Tagen die Haupteisenbahnlinie fünf Meilen nördlich von Wolvehoek auf dem Marsche nach dem Westen überschritten.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

s. **Eine zeitgemäße Erinnerung.** Uns wird geschrieben: Es ist nicht ohne eine gewisse Schadenfreude, sich zu vergegenwärtigen, daß die Demütigungen, die Herr v. Metzsch und seine Ministerkollegen im Indemnitätskonflikt durchkosteten, ihnen seiner Zeit prophezeit worden sind. Als 1896 über die Wahlentrechtung der Arbeiterschaft im Landtage verhandelt wurde, zeichnete Dr. Minkwitz ein Bild der politischen Lage, die durch die Beseitigung der sozialdemokratischen Fraktion geschaffen werden würde, und kündigte eine Verschlechterung der Position der Regierung an, die bisher bei allen Angriffen auf Regierungsmaßnahmen infolge des Widerstreits der Parteien verhältnismäßig gut abschnitt. Herrn v. Metzsch staatsmännische Einsicht vermochte aber diese Folgen der Verschiebung der politischen Konstellation nicht zu erkennen, trotzdem Dr. Minkwitz sehr präcis die Regierung warnte, sich ins eigene Fleisch zu schneiden. Der genannte Abgeordnete führte damals aus: „Bedenken Sie die Folgen, die das Gesetz haben wird und haben muß. Wir sind jetzt stolz gewesen in unserem Lande auf die Uebereinstimmung sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten mit der Regierung. Wir haben stets in allen Sachen vertrauensvoll, wenn wir etwas haben wollten, uns an die Herren Minister wenden können. Es ist uns nicht eingefallen, irgendwie mit der königlich sächsischen Staatsregierung in Opposition treten zu müssen. Das Verhältnis wird und muß anders werden, denn ich glaube nicht, daß die Sache so glatt abgeht, wie Sie denken. Es wird jedenfalls eine Opposition geschaffen werden, und nach meiner Meinung muß sie eintreten."

Es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß es bei dem einen Konflikt nicht bleiben wird.

* * *

Ein Bürgermeister als Zeitungscensor. Das neueste auf dem Gebiete des Zeitungswesens hat sich dieser Tage der Bürgermeister von Wildenfels bei Zwickau geleistet, indem er, wie Zwickauer bürgerliche Blätter berichten, den Redakteur des Wildenfelser Nachrichtenblattes aufgefordert hat, ihm alle die Wildenfelser Eisenbahnfrage betreffenden Artikel vor der Drucklegung im Manuskript vorzulegen. Der rückgratfeste Redakteur ist auch auf die Forderung des Herrn Bürgermeisters eingegangen, und so ist es denn auch gekommen, daß ein für die Freitag-Nummer bestimmter, gänzlich harmloser Artikel, der einfach lediglich nur über den momentanen Stand der Eisenbahnfrage referierend berichtete, infolge Verbots des Bürgermeisters gestrichen wurde und, was das bemerkenswerteste an der ganzen Angelegenheit ist, der Herr Redakteur ist auch auf diese Streichung eingegangen und hat sich dem Machtwort des — Bürgermeisters huldvollst gefügt!

Mit welchem Recht der Herr Bürgermeister diese Censur vollstreckt hat, bleibt sein Geheimnis. Vollste Beachtung aber verdient die Unterthänigkeit, mit der sich der Redakteur dem Gebote des Bürgermeisters gefügt. Hier offenbart sich einmal so recht die Mannhaftigkeit der bürgerlichen Presse.

* * *

Die nächsten Reichstagswahlen wurden in einer Vorstandssitzung der deutschsozialen Reformpartei im Königreich Sachsen, die in Dresden stattfand, besprochen. Wie schon jüngst bei den Agrariern, kam auch hier die Angst vor der Sozialdemokratie stark zum Ausdruck. Herr Zimmermann sprach von einem zu erwartenden Ansturm der Sozialdemokratie. Die Wacht berichtet u. a. über die Besprechung:

Nach längerer Aussprache einigte man sich dahin, außer der Behauptung des bisherigen Besitzstandes (3., 7. und 8. sächsischen Wahlkreis) die Wahlarbeit für 1903 in folgenden Kreisen: Dresden-A., Döbeln, Leipzig-Stadt, Borna, Zschopau-Marienberg und Annaberg-Schwarzenberg unter allen Umständen ernstlich für die Reformpartei aufzunehmen. Der Kreis Dresden-N. (rechts der Elbe) ist durch den vom Dresdener Reformverein eingegangenen Kompromiß den Konservativen überlassen worden, die dafür sich zur Unterstützung der reformerischen Kandidatur in Dresden-A. verpflichtet haben. Des weiteren wurden Kandidaturen in Löbau, Dresden-Land, Leipzig-Land und Plauen i. V. in Erwägung gezogen; doch führte die Besprechung zu keinem endgültigen Entschlusse, da in diesen wie in den noch übrigen Kreisen eine Verständigung mit anderen nationalen Parteien und mit dem Bund der Landwirte erwünscht scheint, freilich von gewährten Gegenleistungen abhängt. Die Hauptaufgabe erblickte man darin, überall sich dem sozialdemokratischen Ansturm entgegenzustellen.

Heil, dreimal Heil! Mögen sie heil fallen bei ihren Durchfällen bei den nächsten Reichstagswahlen.

* * *

r. **Unfallrente und Armenunterstützung.** Das sächsische Oberverwaltungsgericht hat vor einigen Tagen eine Entscheidung getroffen, die bei näherem Hinsehen von größerer Tragweite nach zwei Richtungen hin erscheint. Der Streit spielte zwischen den Ortsarmenverbänden Dresden und Löbtau. Ein früher in L. wohnhaft gewesener Arbeiter starb in D. an den Folgen eines Berufsunfalles. Die Hinterbliebenen des Verstorbenen mußten sich die ihnen zustehende Unterstützung aus der Unfallkasse erst erstreiten, und wurden, während dieser Streit schwebte, aus der Dresdener Armenkasse unterstützt. Später ist dieser aus der den Hinterbliebenen gewährten Rente Ersatz geleistet worden, soweit die vorhandenen Mittel dazu reichten. Das Krankenkassengesetz enthält eine Bestimmung, nach der in solchen Fällen die nur vorschußweise geleisteten Gelder aus der Armenkasse nicht als Armenunterstützung gerechnet werden; im Unfallgesetz fehlt eine solche Bestimmung. Bei dem organischen Zusammenhang der ganzen Sozialgesetzgebung waren maßgebende Behörden bisher aber wohl der Meinung, daß die fragliche Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes in analogen Fällen auch Anwendung auf das Unfallgesetz zu finden habe. Im vorliegenden Falle war die Armenkasse in Dresden durch die Rente nicht ganz gedeckt, sie hätte aber für den überschießenden Betrag aufzukommen gehabt, weil die zu Unterstützenden inzwischen länger als zwei Jahre von Löbtau nach Dresden verzogen waren. Darum drehte sich nun eigentlich der Streit zwischen den beiden Ortsarmenverbänden; Dresden wollte von Löbtau den Betrag erstattet haben, Löbtau weigerte sich aber. Die Kreishauptmannschaft als Verwaltungsgericht entschied zu Gunsten Löbtaus. Man sah die von D. vorschußweise gezahlte Unterstützung nicht als Armenunterstützung an. Der Ortsarmenverband habe keine Verpflichtungen mehr, weil die Familie dort den Unterstützungswohnsitz verloren habe. Gegen diese Entscheidung rief Dresden das Oberverwaltungsgericht an, das die erstinstanzliche Entscheidung aufhob und Löbtau zur Zahlung verurteilte. Diese Entscheidung ist endgültig, daher bindend und von principieller Bedeutung. Das Oberverwaltungsgericht argumentierte: Das Unfallversicherungsgesetz enthält nicht die fragliche Bestimmung, wie das Krankenkassengesetz, diese kann daher im vorliegenden Falle nicht Anwendung finden. Die gewährte Unterstützung habe geleistet werden müssen, ohne eine Garantie für Ersatz, die Gewährung habe nicht abhängig gemacht werden können von dem Ergebnis einer langwierigen Untersuchung darüber, ob ein Rentenanspruch begründet sei. Wenn die Unterstützung aber als Armenunterstützung anzusehen sei, so sei durch ihre Zahlung die zweijährige Verjährungsfrist, die für den Verlust des Unterstützungswohnsitzes in Betracht komme, unterbrochen gewesen, so lange die Unterstützung gezahlt werde; der Unterstützungswohnsitz sei daher Löbtau geblieben.

Diese Entscheidung ist außerordentlich wichtig für die Versicherten sowohl, wie für die Ortsarmenverbände. Mit dem Buchstaben des Gesetzes mag sie vielleicht zusammenzureimen sein, einer loyalen sinngemäßen Auffassung entspricht sie aber keinesfalls. Sie kann bei dem heute beliebten Verfahren bei den Berufsgenossenschaften 2c. für die Versicherten sehr nachteilig wirken, weil ja Armenunterstützung bekanntlich Verlust der politischen Rechte zur Folge hat. Ein Arbeiter, der sich die paar Mark Rente in den meisten Fällen erst in langstieligen Verfahren erstreiten muß, wird vielfach gezwungen sein, vorschußweise Unterstützung aus Gemeindemitteln anzunehmen. Es wäre sehr nötig, daß die vorhandene Lücke im Unfallversicherungsgesetz durch einen entsprechenden Beschluß des Reichstags ausgefüllt würde.

* * *

Dresden, 12. März. Eine Arbeitslosenversammlung fand gestern nachmittag im Trianon statt; der große Saal war bereits lange vor der Eröffnung der Versammlung überfüllt, so daß er polizeilich abgesperrt werden mußte. Gen. Sindermann referierte über das Thema: Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit — eine Kulturforderung. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Redners zu und nahm sodann einhellig folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung der Arbeitslosen im Trianon protestiert gegen die Aeußerung des Ministers v. Metzsch als Vertreter der sächsischen Regierung im Reichstage, daß keine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit in Dresden vorhanden sei. Wenn der Dreiklassenlandtag in Sachsen auch keine Notlage sieht, so kennzeichnet er sich eben nur als Vertretung des Geldsacks, und nicht des arbeitenden Volkes. Die Versammlung betrachtet als einziges Mittel für die Vertretung der Interessen der Arbeiter die gewerkschaftliche und politische Organisation und verpflichtet sich, mit allen gesetzlichen Mitteln für deren Stärkung einzutreten. Die Versammelten erwarten vom hiesigen Stadtparlament Inangriffnahme von Notstandsarbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Sie erwarten weiter, daß der Stadtrat dem Gesuch des Gewerkschaftskartells, einige Mittel für die am schlechtest gestellten Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen, entgegenkommt, natürlich ohne Beschränkung der politischen Rechte.

Von einem Fall ganz ungerechtfertigter Verhaftung berichtet die Sächsische Arbeiterzeitung. Am Mittwoch früh langte die Polizei in Naußlitz einen Arbeiter aus den Federn und machte dem Erstaunten die Eröffnung, daß er einer Einladung nach dem Untersuchungsgefängnis in Dresden zu folgen habe. Der Arbeiter war sich absolut keiner Schuld bewußt, es galt aber kein Besinnen, er mußte der strengen Einladung folgen. Im Untersuchungsgefängnis ließ man den Aermsten bis zum Vormittag des nächsten Tages, wo die erste Vernehmung stattfand, über sein angebliches Verbrechen völlig im unklaren. Man kann sich die Situation des Mannes denken. Bei seiner Vernehmung erfuhr er, daß er im Verdachte eines Diebstahls stand, den er vor vier Jahren in Stuttgart verübt haben sollte. Die Vernehmung ergab aber die absolute Schuldlosigkeit des Verhafteten, worauf seine sofortige Entlassung erfolgte. Die Sächsische Arbeiterzeitung bemerkt mit Recht zu dem von den Behörden beliebten Verfahren: „Daß den Behörden solche Irrtümer passieren können, ist ja schließlich möglich und erklärlich, zu Bedenken aber giebt das Verfahren Anlaß, das N. gegenüber angewandt wurde. Der Mann ist verheiratet, hat eigenen Hausstand, wohnt seit zwei Jahren in Naußlitz; es wäre also doch viel einfacher, loyaler, richtiger gewesen, man hätte ihn vorgeladen, um die Vernehmung zu bewirken. Wenn der Mann sich etwa weigerte — was gar nicht an-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020313/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

zunehmen ist — war es immer noch Zeit mit der scharfen Maßregel der Verhaftung. So hat er einen merklichen Schaden durch Verlust an Arbeitsverdienst, ganz abgesehen von sonstigen Scherereien, die ein solcher Vorfall mit dem Arbeitgeber rc. zur Folge haben kann. R. wird Beschwerde führen und Schadenersatz verlangen und wird man ja sehen, was dabei herauskommt."

Cunewalde, 12. März. Die Nachwirkungen des vorjährigen Weberstreiks zeigen sich auch in zahlreichen Steuerresten. Die Ortsbehörde will nun, wie das hiesige Lokalblatt meldet, scharfe Maßregeln gegen die Restanten in Anwendung bringen: exekutivische Beitreibung, Streichung aus den Vereinen, Aushang der Namen der Restanten in öffentlichen Lokalen und Verbot des Besuchs öffentlicher Lokale. — Solche Maßregeln lassen sich doch nur gegenüber böswilligen Restanten rechtfertigen. Die Ortsbehörde von Cunewalde beweist mit solchen Maßnahmen wenig soziales Verständnis. Sie weiß doch, wer das ganze Elend verschuldet hat.

Bautzen, 12. März. Der umfangreiche Sittlichkeitsprozeß, in den eine ganze Anzahl Personen aus Neugersdorf verwickelt waren, wurde am 4. Februar vor der hiesigen ersten Strafkammer verhandelt. Die Anklage lautete auf schwere Kuppelei und richtete sich gegen die Treiberin Auguste Baade geb. Kunath, den Bürstenmacher Heinrich Baade, den Rentenempfänger Hermann Dornig und dessen Ehefrau Auguste geb. Kunath, sämtlich aus Neugersdorf. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt und dauerte bis zum späten Abend. Das Urteil wurde gestern verkündet und lautet gegen Auguste Baade auf 4 Jahre Zuchthaus, den Ehemann Bürstenmacher Baade auf 6 Jahre Zuchthaus, den Rentenempfänger Dornig auf 8 Monate Gefängnis, dessen Ehefrau Dornig geb. Kunath auf 3 Jahre Zuchthaus.

Zittau, 12. März. **Dem sittenstrengen Gemeindevorstand** Bolke in Hirschfelde, früher nationalliberaler Landtagsabgeordneter, ist anläßlich seines 25jährigen Dienstjubiläums eine ganz besondere Ehrung zu teil geworden. Man hat ihn auf Lebenszeit gewählt und die Amtshauptmannschaft hat diese Wahl auch bereits bestätigt. Das klingt zwar unglaublich, soll aber wahr sein. Herr Bolke ist vor einiger Zeit dadurch zur Berühmtheit gelangt, daß er, der Familienvater ist, mit einer verheirateten Bäuerin zur Nachtzeit in einer verschwiegenen Gartenlaube Zusammenkünfte hatte.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der kürzlich verstorbene Kommerzienrat Esche in Chemnitz hat der Stadt **300000 Mk. testamentarisch** zugewiesen. Dieser Betrag soll zur Errichtung und Unterhaltung von Häusern verwendet werden, in denen würdigen und bedürftigen alten Leuten unentgeltlich Wohnungen zu gewähren sind. In erster Linie sollen bei Vergebung der Wohnungen frühere Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Moritz Saul. Esche berücksichtigt werden. — Am Dienstag ereignete sich in Steinigtwolmsdorf ein betrübender Vorfall. Bei dem 21 Jahre alten Steinarbeiter Karl Thomas hatten sich schon seit längerer Zeit Spuren von Geistesgestörtheit gezeigt, welche sich in letzter Zeit so verschlimmerten, daß zeitweise vom Gemeindeverband Wachmannschaften gestellt werden mußten. Bösartige Symptome hatten sich aber noch nicht gezeigt. Am Dienstag vormittag gegen 11 Uhr begab sich die Mutter des Kranken in den Keller, um Kartoffeln zu holen. Das hatte der Kranke beobachtet und ging nach, nachdem er vorher die Stubenthüre von außen verschlossen hatte, damit ihm der Vater und der Wachmann nicht folgen konnten. Im Keller schlug er mit einem Maurerhammer **auf den Kopf seiner Mutter** ein, so daß das Gehirn teilweise sichtbar wurde und die Schwerverletzte bald darauf starb. Nach vollbrachter That begab sich der Kranke zu Nachbarsleuten und erzählte, was er gethan. — Der Gefreite Saupe vom Besatzungsbataillon Königstein wollte am Sonntag seine in Laubegast wohnenden Eltern besuchen und zu diesem Zwecke den ersten Frühzug von Vogelgesang weg nach Dresden benutzen. Auf dem Wege dahin über die Königsnase ist er mit seinem ihn begleitenden Kameraden, jedenfalls infolge der herrschenden Finsternis, in der vierten Morgenstunde vom Wege abgekommen und in den sogenannten alten Struppener Steinbruch **hinabgestürzt.** Sein Begleiter konnte sich beim Absturze noch an Strauchwerk festhalten und glücklich wieder emporarbeiten. Von ihm alsbald aus Struppen herbeigeholte Hilfe fand den Abgestürzten am Fuße des Bruches mit zerschlagenem Schädel vor. Der Weg von Struppen über die Königsnase nach Vogelgesang ist, zumal in der Dunkelheit, keinesfalls gefahrlos. — Eine **rohe Tierquälerei** ist am Montag in Jenkwitz bei Bautzen vorgekommen, wo einem Pferde des Kunstdünger-Fabrikanten Apel die Zunge abgeschnitten wurde. Die beiden dort befindlichen Knechte stehen unter dem Verdacht, das Bubenstück aus Rache verübt zu haben, da ihnen die Stellung gekündigt worden war. Beide sind in Haft genommen worden. Das Pferd hat abgestochen werden müssen.

Erfurt, 12. März. Der Schuhmacher Hermann Schenk war am Montag aus der Korrektionsanstalt entlassen worden und traf nun hier wieder ein im Besitze von den Ersparnissen, die er sich während seines Aufenthaltes in jener Anstalt gemacht hatte. Die wiedererlangte Freiheit benützte er nun dazu, sich einen ganz kannibalischen Rausch anzutrinken. Nicht mehr fähig, sich zu rühren, wurde er von der Straße weg in die Sistierzelle des vierten Polizeireviers geschafft, um dort seinen Rausch auszuschlafen. Infolge des übermäßigen Alkoholgenusses wurde er von einem Herzschlag getroffen. Gestern früh fand man ihn in der Zelle tot vor. Als Todesursache stellte der Arzt Alkoholvergiftung fest.

Salzwedel, 12. März. Der Wahl des zum Bürgermeister hiesiger Stadt gewählten Beigeordneten Dr. Kersten ist vom Regierungspräsidenten unter Zustimmung des Bezirksausschusses die Bestätigung versagt worden. Die Mehrheit der Stadtverordneten hat beschlossen, sich beschwerdeführend an die höhere Instanz, den Minister des Innern, zu wenden.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

(Sitzung vom 12. März 1902.)

In die gemischte Kommission zur Prüfung des Betriebes der Elektricitätswerke auf seine Vertragsmäßigkeit und das Uebernahmerecht der Stadt Leipzig werden die Stadtverordneten Höhne, Joachim und Dr. Limburger gewählt.

Zur Auswechslung von Rohren im Fassungsgebiete der ersten Betriebsanlage des Wasserwerks in Naunhof werden 30 000 Mk. aus dem Erneuerungsfonds des Wasserwerks verwilligt.

Für das Burgkeller-Restaurant macht sich der Einbau einer neuen Abortanlage notwendig. Weiter soll im Burgkeller-Durchgang eine teilweise Glasüberdachung angebracht und im oberen Teil des Restaurants der Fußbodenbelag erneuert werden. Der Gesamtaufwand ist auf 5400 Mk. veranschlagt worden. Der Bauausschuß empfiehlt, die Ueberdachung im Durchgang abzulehnen, weil dadurch der Hof nur verdunkelt und sich auf dem Dache, das sich eventuell bei einer Feuersgefahr auch als Hindernis erweisen könnte, nur Schmutz ansammeln würde. Im übrigen wird unter Streichung von 750 Mk. die Vorlage zur Annahme empfohlen. Der Pachtzins ist von 8820 Mk. auf 10 000 Mk. pro Jahr erhöht worden.

Stadtv. Böhme: Die Erörterung über eine Eingabe des Gastwirtsvereins habe so überraschende Resultate ergeben, daß er bitte, falls der neue Pachtvertrag nicht bereits vollzogen sei, mit seiner definitiven Abschließung bis zur Berichterstattung über jene Eingabe zu warten.

Stadtv. Nitsche sprach für, Stadtv. Rost gegen die Anbringung eines Glasdaches.

Stadtrat Lampe erklärt, daß die Eingabe der Gastwirte auch dem Rate zugegangen sei. Dieser habe sich Entscheidung über die Verpachtung städtischer Lokale von Fall zu Fall vorbehalten. Der neue Pachtvertrag über den Burgkeller sei bereits abgeschlossen. Nunmehr sei der Unterpächter des Burgkellers mit einer Eingabe gekommen, ihn in die direkte Pacht treten zu lassen. Der Rat habe das Schreiben zunächst der betr. Brauerei zur Aeußerung mitgeteilt.

Die Ausschußanträge werden angenommen.

Auf den zum Wasserwerk in Naunhof gehörigen Aufforstungen machen sich Neubepflanzungen notwendig, weil die alten Anpflanzungen durch Engerlinge radikal zerstört worden sind. Es werden 1500 Mk. bewilligt.

Sodann kommen zur Verhandlung die Eingaben der Grundstücksgesellschaft, betr. den Abbruch der Knüppelbrücke, die Regulierung der Pleiße am Schleußiger Wege und Aufstellung eines Bebauungsplanes, sowie der Antrag der Herren Enke und Genossen und die Eingabe des Allgemeinen Hausbesitzervereins zu Leipzig wegen Ersatzes der abgebrochenen Knüppelbrücke. Den Kernpunkt der Sache bildet die Geradelegung der Pleiße auf der Strecke von der Mahlmannstraße bis zum Germaniabade, wobei eine viermalige Ueberbrückung der Pleiße in Aussicht genommen ist. Hierzu ist ein umfassender Arealaustausch zwischen der Stadt und der Grundstücksgesellschaft erforderlich. Die Verhandlungen schweben schon länger als 20 Jahre. Die Knüppelbrücke ist seiner Zeit von der Grundstücksgesellschaft abgebrochen worden, weil der Rat die Aufforderung erlassen hatte, die Brücke entsprechend herzustellen. Im Jahre 1896 schon hatten die Stadtverordneten um eine Vorlage über einen Ersatz für die Knüppelbrücke ersucht; die Angelegenheit verzögerte sich aber, weil neue Verhandlungen zwischen Rat und Grundstücksgesellschaft angeknüpft wurden. Im folgenden Jahre zeitigten scharfe Ausdrücke in der Stadtverordnetensitzung eine von der Grundstücksgesellschaft überreichte Broschüre, in der der Nachweis versucht wurde, daß die Schuld an aller Verzögerung beim Rate liege. Hiernach gerieten die Verhandlungen wiederum ins Stocken; sie sind erst in neuerer Zeit wieder aufgenommen worden. Der Ausschuß, so führt der Referent Stadtv. Rost aus, habe beim Studium der Akten aber nicht die Ansicht gewinnen können, daß die Schuld an der langen Verzögerung den Rat treffe. Es sei aber jetzt ein Hoffnungsschimmer vorhanden, mit den Verhandlungen zu Ende zu kommen; es handle sich nur noch um eine Frage, die jetzt der Medizinalbehörde vorliege. Falls aber die ganze Sache nochmals ins Stocken geraten sollte, sei der Ausschuß der Ansicht, daß ungesäumt das Expropriationsverfahren einzuleiten sei, da eine weitere Verzögerung nicht mehr zu verantworten sei. Der Ausschuß beantragt, die Eingaben dem Rate zur Kenntnis zu überweisen mit dem Ersuchen, dem Kollegium seiner Zeit eine Vorlage zugehen zu lassen. Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Die von der Westendbaugesellschaft beabsichtigte Verbreiterung der projektierten Verbindungsstraße zwischen der Lützener und Kaiser Wilhelm-Straße in Lindenau auf 17 Meter wird mit dem Wunsche genehmigt, die Straße im Zuge der Gießerstraße anzulegen.

Im diesjährigen Haushaltsplan beantragt der Rat für 25 Prozent der für bauliche Reparatur- und Unterhaltungskosten eingestellten Beträge die Uebertragbarkeit unter den verschiedenen Gebäuden der einzelnen Conten. Die Ausschüsse beantragen, diese Uebertragbarkeit abzulehnen. Es soll zunächst abgewartet werden, welche Erfahrungen mit der im Vorjahre für das Conto 31, Gebäude, ausgesprochenen Uebertragbarkeit gemacht werden.

Stadtrat Scharrenberg betont, die Neuerung solle für beide städtische Kollegien eine Erleichterung schaffen. Conto 31 habe 1900 eine Ueberschreitung ergeben, während die noch nicht ganz abgeschlossenen Rechnungen für das Jahr 1901 eine Ersparnis erhoffen lassen. Es handle sich bei der Uebertragbarkeit doch nur um kleinere Reparaturen. Er bittet, sich dem Antrage, wenn er im nächsten Jahre wiederkomme, wohlwollender zu zeigen.

Stadtv. Rost erklärt sich für, Stadtv. Ryssel gegen die Uebertragbarkeit; letztere bedeute eine teilweise Aufgabe des Bewilligungsrechts der Stadtverordneten.

Stadtv. Lange weist darauf hin, daß die Uebertragbarkeit bei Conto 31, Gebäude, sich auf die rein baulichen Positionen beziehe, jetzt aber würde schon die Uebertragbarkeit von 25 Proz. der ganzen Unterhaltungskosten inkl. Gas- und Wasserzins rc. gefordert.

Stadtrat Scharrenberg erklärt, er habe nur die Uebertragbarkeit bezüglich der rein baulichen Posten im Auge gehabt.

Der Ausschußantrag wird gegen 6 Stimmen angenommen.

Für die höhere Schule für Mädchen und das Lehrerinnenseminar werden anläßlich der Errichtung von Parallelklassen 15 500 Mk. nachverwilligt.

Zur Ausführung von Aufhöhungs- und Macadamisierungsarbeiten in der Kochstraße zwischen der Kaiserin Augusta-Straße und Gustav Freytag-Straße fordert der Rat 15 200 Mk. Der Vorlage wird unter Herabsetzung der Kosten auf 13 000 Mk. zugestimmt.

Die Lothringer Straße soll mit Linden bepflanzt werden. Es werden dafür 2500 Mk. bewilligt.

Für die projektierten definitiven Kläranlagen werden für 40 000 Mk. Arealstücke in Gundorfer und Quasnitzer Flur mit den darauf anstehenden Baulichkeiten erworben. Der Preis pro Acker beträgt 830 Mk.

Bei Conto 44, Vieh- und Schlachthof, werden für Ueberstunden 7000 Mk. gefordert. Die Ueberstunden werden mit einem Aufschlag von 33⅓ Prozent bezahlt. Der Ausschuß ersucht, in Erwägung zu ziehen, ob sich die Ueberstunden nicht vermeiden lassen durch Neuanstellung einiger Arbeiter. 3000 Mk. Remuneration für die Beamten, die die Geschäfte der Schlachtviehversicherung mit besorgen, beantragt der Ausschuß zu streichen, ebenso das Gehalt für einen neuen Amtstierarzt.

Stadtrat Dr. Schmid hält es nicht für angängig, das Honorar für Extraarbeit bei der Versicherungsanstalt ganz zu beseitigen. Die Ueberstunden würden in der Hauptsache des Nachts nötig. Ob sie ganz oder auch nur zum größeren Teil zu vermeiden seien, erscheine ihm sehr fraglich. Bei der Ablehnung des neuen Amtstierarztes könne sich der Rat beruhigen, da die Schweineschlachtungen abgenommen und hierin wohl nur ganz allmählich eine Besserung eintreten werde.

Das Conto wird nach den Ausschußanträgen genehmigt.

Für die räumliche Vergrößerung der Steuerhebestelle und Verlegung der Schulgeldhebestelle in Gohlis wird ein Aufwand von 438 Mk. genehmigt.

Zur Unterhaltung der Nündelschen Badeanstalt in Kleinzschocher, die die Brausebäder für 10 Pfg. abgiebt, wird ein Jahresbeitrag von 700 Mk. bewilligt.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. März.

Eine öffentliche Versammlung, die interessant zu werden verspricht, will der Schutzverband für Handel und Gewerbe für Mitteldeutschland nächsten Montag im Saale des Sanssouci veranstalten, um „energisch Protest gegen die in der Denkschrift des sächsischen Ministeriums über die Umsatzsteuer enthaltenen vielfach unzutreffenden Voraussetzungen und Folgerungen einzulegen".

Eine Aktion gegen das sächsische Dreiklassenwahlrecht will der vor einiger Zeit hier gegründete Liberale Verein in die Wege leiten. Er beabsichtigt, die Unterstützung aller derjenigen anzurufen, die das geltende Wahlsystem verurteilen, gleichgültig, zu welcher politischen Partei sie sich bekennen. Es ist zu diesem Zwecke von dem genannten Verein eine Kommission eingesetzt worden.

In einer Versammlung des Liberalen Vereins, die am 10. März abgehalten wurde, stellte man recht wehmütige Betrachtungen über das sächsische Wahlrecht an. Es wurde ausgeführt, daß das Gesetz durch eine „Uebereilung" der Zweiten Kammer und ohne Befragen der öffentlichen Meinung zu stande gekommen sei. Die Wahlrechtsänderung sei doppelt verhängnisvoll gewesen: gänzlicher Ausschluß der Arbeiterpartei aus dem Landtag und dafür die erdrückende konservative Zweidrittelmehrheit. Auch die Nationalliberalen sähen heute ein, daß sie damals einen großen Fehler gemacht haben.

Vorläufig dürfte sich wohl nur ein kleiner Teil der Nationalliberalen zu einem solch reumütigen Bekenntnis bequemen, wenn auch zugegeben sein mag, daß die Unzufriedenheit mit der Führung Gensel-Hasse in nationalliberalen Kreisen immer breiteren Boden gewinnt.

Ueber Ausstellungsschwindel schreibt die Zeitschrift Unlauterer Wettbewerb:

Der Kernpunkt der ganzen Mißstände liegt darin, daß sich eine Gruppe von Personen, die den Wert der Ausstellungsmedaillen für die einzelnen Firmen erkannt hatte, zu gewerbsmäßigen Ausstellungsunternehmern oder Leitern bezw. Agenten entwickelt hat. Diese Personen, deren Handlungsweise nicht immer, wenn auch häufig den Stempel der Unlauterkeit oder des direkten Betrugs an sich trägt, stehen zum Teil unter sich in reger geschäftlicher Beziehung, so daß man von einem völlig ausgebildeten Stande der Ausstellungsdirektoren sprechen kann. Es werden fortwährend, in Deutschland wie im Ausland, gewerbliche Ausstellungen von Privatpersonen veranstaltet, von denen jeder Verständige ohne weiteres sich sagen muß, daß sie weder nach Zahl noch Umfang oder Ort erforderlich waren. Nicht nur sind hiermit die sogenannten „Nebenausstellungen" gemeint, die am gleichen Ort, zur gleichen Zeit, unter möglichst gleichem Namen mit großen bekannten erstklassigen Ausstellungen veranstaltet werden (Berlin 1896, Paris 1900 bieten hierfür klassische Beispiele), sondern auch die zahlreichen Gewerbe- oder Nahrungsmittel-Ausstellungen in kleineren Städten, z. B. 1901 in Würzburg, Kottbus, Dessau. Ob die Unternehmer es verstehen, eine Korporation vorzuschieben oder nicht, bleibe dahingestellt; Thatsache ist, daß in Deutschland jährlich eine große Reihe von unnötigen Ausstellungen in Scene gesetzt wird, damit der Unternehmer bezw. Direktor Geld verdient.

Auch Leipzig ist von solchen Unternehmungen bekanntlich nicht verschont geblieben.

Leipziger Bank. Vor dem Amtsgericht fand gestern der dritte Prüfungstermin im Konkurse der Leipziger Bank statt. Insgesamt waren Forderungen im Gesamtbetrag von ca. 216 000 Mk. zu prüfen. Bis auf rund 24000 Mk. wurden sämtliche nachträglichen Forderungen bestritten und zurückgewiesen.

Beschlagnahmt. Durch Beschluß des Amtsgerichts Berlin ist die Beschlagnahme folgender Druckschriften wegen Unzüchtigkeit ihres Inhalts angeordnet worden: 1. Satyr-Album, 2. Nichts für Backfische, 3. Im Spinngewebe der Halbwelt, 4. Die Geheimnisse der Strandkabine, Kleine Witzblatt-Bibliothek 3. Band, 5. Dolle Krabbe, Kleine Witzblatt-Bibliothek 4. Band, 6. Kaviar-Kalender 1902, 7. Pariser Weltausstellungs-Erinnerungen von Jean Quirl, 8. Die Kunst zu Lieben.

Rathausbau. In der Plenarsitzung des Rates wurde die Lieferung der Gerüste für den Turm des neuen Rathauses vergeben.

Schulwesen. Vom gemischten Schulausschuß ist der Lehrer Otto Behrendts, bisher an der VI. Bürgerschule, als Direktor der 1. Bezirksschule an Stelle des in den Ruhestand tretenden Direktor Krebs in Vorschlag gebracht worden. Der Rat hat in seiner gestrigen Sitzung diese Wahl bestätigt.

Von der Eisenbahn. Auf der Linie Leipzig-Hof wird demnächst bei den D-Zügen eine schärfere Durchführung der Fahrkartenkontrolle Platz greifen. Die Zugführer werden sich bei der Prüfung der Fahrtausweise nicht mehr, wie man bisher beobachten konnte, mit dem Vorweis bereits gelöster Platzkarten seitens der Reisenden begnügen, sondern sich künftig auch die Fahrkarten der Reisenden vorzeigen lassen, um sie vor allem auf die Gültigkeit für die sächsischen Strecken zu prüfen. Die Verschleppung von Reisenden mit Fahrkarten, die nur für preußische Strecken Geltung hatten, soll Anlaß zu der verschärften Maßnahme gegeben haben.

Das schreckliche Brandunglück, von dem am Dienstag abend die Konservatoristin Fräulein Ludmilla Schäffer aus Preßburg in ihrer Wohnung, Friedrich List-Straße 16, betroffen wurde, ereignete sich, während die Schwester der Verunglückten, eine Solotänzerin des Stadttheaters, der Vorstellung im Neuen Theater beiwohnte. Die Verunglückte saß an ihrem Klavier und soll eine daran befindliche brennende Wachskerze mit den Fingern abgeschnuppt und dann die Finger an ihrem Schlafrock abgewischt haben, wodurch dieser in Brand geriet. Das entsetzte Mädchen ist dann aus ihrem Zimmer über den Hof und im Hinterhaus eine Treppe hinaufgelaufen, wodurch die Flammen so angefacht wurden, daß die Kleider fast vollständig vom Leibe brannten.

Von einem plötzlichen Tode wurde gestern nachmittag der in Möckern, Albertstraße 6, wohnende 66 Jahre alte Hausbesitzer Götte auf der Breitenfelder Straße in L.-Gohlis übereilt. Die Todesursache war Herzschlag.

Durch Erschießen machte gestern abend in seiner in der Haydnstraße gelegenen Wohnung ein von hier gebürtiger 31 Jahre alter juristischer Beamter des Landgerichts seinem

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020313/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben ein Ende. Der Beweggrund hierzu war ein Nervenleiden, an dem Verluste bei der Leipziger Bank mit schuld sein sollen.

Erwischte Langfinger. Zwei Schreiber im Alter von 16 und 17 Jahren eigneten sich den Schlüssel zu einer Familienwohnung in der Wurzener Straße in L.-Neusellerhausen an, um damit bei passender Gelegenheit in diese Wohnung einzudringen und zu stehlen. Dann versuchten sie die Inhaberin der Wohnung und deren Tochter durch eine Postkarte, womit sie die beiden nach einem Orte bestellten, zu einem Ausgange zu veranlassen. Die Frau ging auch scheinbar auf den Inhalt der Postkarte ein, benachrichtigte aber die Polizei, die die Burschen, als sie thatsächlich ihren Besuch ausführten, festnahm.

Kleine Polizeinachrichten. In Haft genommen worden ist ein 21jähriger Marktbeiser von hier, der sich in einer Wohnung der Mühlenstraße in Plagwitz des Diebstahls eines Geldbetrags von 40 Mk. schuldig machte.

Ein 18jähriger Marktbeiser aus Schleußig wurde in Haft genommen, weil er aus einem hiesigen Hotel ein wertvolles Opernglas stahl.

Von einem Lagerplatze in der Nordvorstadt stahl ein 29 Jahre alter Arbeiter aus Zawada eine größere Anzahl Eisenstangen Es erfolgte die Festnahme des schon vorbestraften Diebes.

Hier ermittelt und festgenommen wurde ein von der Staatsanwaltschaft Frankfurt a. M. wegen Unterschlagung von 400 Mk. steckbrieflich verfolgter 30 Jahre alter Kaufmann aus Silstedt.

Wegen Diebstahls und Hehlerei wurde eine 24 Jahre alte Frauensperson aus Dessau und ein gleichalteriger Arbeiter aus Giebichenstein in Haft genommen. Die Frauensperson stahl einem Herrn 70 Mk., die sie dem Arbeiter zusteckte.

Von einem Rollwagen wurde gestern mittag 1 Ballen Manufakturwaren im Werte von 600 Mk. gestohlen. Der Geschädigte hat auf die Wiedererlangung der Waren 40 Mk. Belohnung ausgesetzt.

In der Petersstraße sind von einem Handwagen 3 Oelgemälde, Kaiser Wilhelm I., Bismarck und Moltke, gestohlen worden. Die Bilder sind mit Eichenrahmen ausgestattet.

Aus einem Fleischerladen in der Klarastraße zu L.-Reuschönefeld sind in der Nacht zum 12. März zwei geräucherte Schinken gestohlen worden.

In der Hospitalstraße wurden gestern von einem Buchhändlerwagen zwei Barpakete, zwei Exemplare Handelskorrespondenz in englisch-deutscher und französisch-deutscher Sprache enthaltend, gestohlen.

Vereine und Versammlungen.

Versammlung der Schneider.

Die am 10. d. Mts. in der Flora abgehaltene, zahlreich besuchte Versammlung ehrte das Andenken der verstorbenen Kollegen Fleischhauer-Leipzig und Leibrock-Hamburg durch Erheben von den Plätzen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Situation am Orte und die Entlohnung und Behandlung der Arbeiter bei der Weltfirma Hollenkamp u. Comp. sowie bei der Firma A. Frankenberg führte Kollege Weicker ungefähr folgendes aus: Während des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges konnte man auch Fortschritte in unserem Berufe wahrnehmen und finden, daß in allen Stadtteilen sowohl Maß- als auch Konfektionsgeschäfte sich teils neu gebildet, teils aus kleineren emporgerungen haben. Allerdings sind auch einige heruntergekommen, wie dies ja durch den unaufhaltsam vorwärtsschreitenden Entwicklungsprozeß bedingt ist. Daß die Kollegenschaft einer derartigen Entwicklung nicht müßig zusehen konnte, ist selbstverständlich, obgleich es einer geraumen Zeit bedurite, um eine Bessergestaltung unserer wirtschaftlichen und materiellen Lage herbeizuführen. Nach einem Rückblick auf die in den Jahren 1898 und 1899 geführten Lohnkämpfe meint Redner, daß das Unternehmerthum den jetzigen allgemeinen Niedergang sich zu nutze mache, um den Arbeiter in der Entlohnung zu drücken. So war es die Firma Gebr. Rockmann, Inhaber: Gottfr. Hübne, die den Arbeitern einen Abzug von 1 Mk. bis 1.50 Mk. pro Großstück zu machen wagte, der aber nach widerholtem Vorstelligwerden seitens des Agitationskomitees rückgängig gemacht werden konnte. Mit dem Gebahen der Firma Wronker sollte sich eine Versammlung im Westen beschäftigen, doch konnte, auf Grund der Bewilligung unseres 2. Tarifs, davon Abstand genommen wurden. Die Firma Weiß in Plagwitz hält es für angebracht, für Anfertigung eines Saccos 8 Mk. und einer Hose 2.50 Mk. zu zahlen. Einem Arbeiter wurde bei Lieferung der 3. Hose, da sie nicht passen könne, indem sie „zu schnell" angefertigt sei — von früh ½8 bis abends 8 Uhr ohne Mittagspause — der Lohn innebehalten. Der Arbeiter wird Herrn Weiß Gelegenheit geben, sich über die Gesetzesbestimmungen etwas besser informieren zu können, außerdem wird sich eine demnächst im Westen stattfindende Versammlung damit beschäftigen. Auch die Firma Pötzsch u. Käsprich wagte den Versuch, die Arbeit billiger hergestellt zu bekommen, blitzte aber damit ab. Die Firma Taleske hat einigen Arbeitern Abzüge gemacht; Extraarbeiten und Aenderungen werden nicht gezahlt, wogegen aber auf Grund des dort „nicht nötigen" Zusammenhalts der Arbeiter nichts gemacht werden konnte und haben deshalb einige Kollegen aufgehört. Die Arbeiter der Wirtschaftsgenossenschaft des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenassistenten liegen schon seit mehreren Wochen wegen Einführung niedrigerer Preise mit der Firma in Differenz, ohne zu einem Abschluß gelangen zu können. Da hier auch die Städte Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. in Betracht kommen, sind weitere Maßnahmen getroffen worden, und muß der Verlauf abgewartet werden. Die Firma Frankenberg hat nach ihrer Uebersiedelung in die Markgrafenstraße ihre Werkstätte bedeutend verkleinert und erwartete von den Arbeitern „bessere Wahrnehmung der Geschäftsinteressen", was durch billigere Herstellung der Kleidungsstücke herbeigeführt werden soll. Einen Abzug von 2 Mk. bis 2.50 Mk. auf einzelne Stücke hält die Firma für angebracht und glaubt den Arbeitern nur die Gnade erwiesen zu haben, die Betriebskosten zum Teil auf ihre eigenen Schultern zu nehmen. Redner beleuchtet das Verhalten dieser Firma in der gehörigen Weise und wollen die Arbeiter in der Ueberzeugung, das 1899 Bewilligte wieder zu erringen, nochmals vorstellig werden.

Bei der Weltfirma Hollenkamp u. Co. klagen die Maßschneider über Abzüge von 1 Mk. pro Groß-Stück. In der Maßkonfektion werden für Röcke 5.75 Mk., für Saccos 3.75 Mk. bezahlt und müssen diese hochfein hergestellt werden, sonst giebt's „Schmiß". Die Konfektionsarbeiter bekamen 50 Pfg. bis 1 Mk. pro Großstück abgezogen und dürien als Aequivalent Aehsel- und Aermeländerungen vornehmen. Diese Fälle sollen so häufig vorkommen, daß 10—12 Arbeiter zugleich 5—6 Stunden lang am Tage auf der Werkstatt sitzen, darauf losändern und bügeln, ohne dafür entschädigt zu werden. An ein Vorgehen ist nicht zu denken, da bei der großen Masse der dort beschäftigten Arbeiter das Verständnis für eine Organisation noch nicht vorhanden, die Agitation hier aber auch eine schwierige ist, indem die Arbeiter in der Umgebung Leipzigs, bis nach Weißenfels hin, wohnen. Aufgabe der Organisation aber sei es, Vorkehrungen zu treffen, daß hier nicht Zustände eintreten, wenn sie nicht schon eingetreten sein sollten, wie sie bei dem Konfektionsarbeiterstreik ans Tageslicht gefördert worden seien. Einige Fälle der Entlohnung der Konfektionsarbeiterinnen anführend, verweist Redner darauf, daß hier klar zu Tage trete, wie die Arbeiterinnen gezwungen seien, der Prostitution in die Arme zu fallen. (Lebhafter Beifall.) Die Diskussion gestaltete sich lebhaft und bewegte sich im Sinne des Referats.

Hierauf nahm die Versammlung die Ergänzungswahl zur Arbeitsnachweiskommission vor und bestimmte hierzu die Kollegen Kranich und Rose. Unter Gewerkschaftlichem teilt Kollege Weicker mit, daß am 17. und 18. d. M. Versammlungen im Osten und Westen stattfinden und sich einige Kollegen von den im Jahre 1899 Ausgeschlossenen mit dem Versprechen, in Reih und Glied mit uns kämpfen zu wollen, wieder angeschlossen haben. Die Versammlung hatte dagegen nichts einzuwenden und erfolgte hierauf Schluß.

Mitgliederversammlung des Arbeitervereins von Möckern und Umgegend

am 8. März. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Obier über Goethe und seine Zeit. 2. Vereinsangelegenheiten. In seiner Einleitung schildert der Referent den Unterschied der Massen. Auf der einen Seite das arbeitende Volk, das in Hunger und Elend schmachtet, auf der anderen Seite eine geringe Anzahl, die in Freude und Herrlichkeit leben, und natürlich über eine bessere geistige Ausbildung verfügen. Was in den Volksschulen versäumt worden ist, das müßten die Arbeitervereine nachholen. Hiernach schilderte der Redner den Lebenslauf des größten deutschen Dichters Goethe und seine bedeutenden Werke. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende giebt sodann bekannt, daß bezüglich der Verschmelzungsfrage der beiden Sängerabteilungen der Arbeitervereine Möckern und Wahren die Vorstände beider Vereine einen Beschluß gefaßt hatten, dahingehend, je einen Monat in Möckern und Wahren zu singen. Die Abteilungen haben aber diesen Beschluß abgelehnt. Die Vereinspartie wird, wie im vorigen Jahre von der Sängerabteilung geregelt. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß der Haushaltsplan in der Gemeinde ausliegt.

Arbeiterverein Stötteritz.

In der am 8. März abgehaltenen Versammlung hielt Genosse Jaeckh aus Leipzig einen Vortrag über: Der Nachlaß von Marx, Lassalle und Engels. Seine Ausführungen wurden mit allseitigem Interesse aufgenommen. Nach dem Vortrage wurde bekannt gegeben, daß der nächste Vereinsabend am 22. März stattfindet. Es wird über Gemeindeangelegenheiten referiert werden. Die Mitglieder werden ersucht, zur nächsten Versammlung Stellung zu nehmen betr. Osterpartie.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 12. März.

Wegen Unterschlagung und Betrugs im Rückfalle wurde am 9. Januar vom hiesigen Landgericht der 44 Jahre alte, mehrfach bestrafte Arbeiter Max Bruno Laudel aus Leipzig zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem wegen Uebertretung des Straßenregulativs zu einer Woche Haft. In jener Verhandlung wurde eine Betrugs- und Unterschlagungssache abgetrennt und zwar hatte Laudel der Gärtnersehefrau K. in Schleußig zwei Spiegel im Werte von 36 Mk., die er mit anderen Gerätschaften im Auftrage der K. nach Gautzsch fahren sollte, versetzt. Außerdem hat er vom Ehemann der K. zwei Mark erschwindelt und zwei weitere Mark, die er für das Leihen des Handwagens erhalten hatte, für sich verbraucht. In der neuerlichen Hauptverhandlung wurde Laudel nun der Delikte überführt und die Strafe wurde auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis erhöht.

Vom Rowdytum. In der Silvesternacht kneipten in der Thalstraße der 24 Jahre alte Arbeiter Sch. und der Handlungsgehilfe Max August Lösch aus Schellenberg, ohne daß sich die beiden umeinander kümmerten. Als Sch. die Restauration verließ, ging Lösch hinterher und versetzte Sch. mit einem spitzen scharfen Messer ohne jede Veranlassung einen Stich in die rechte Brustseite und verletzte ihn so schwer, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. L. wurde gleich darauf festgenommen. In der heutigen Verhandlung will L. sich auf gar nichts mehr besinnen können, da er sinnlos betrunken gewesen sei. Durch die Zeugenaussagen wird festgestellt, daß L. zwar angetrunken, aber nicht sinnlos betrunken war. Die Wunde des Verletzten ist gut verheilt und wird er an seiner Gesundheit durch diese Verletzung keine nachteiligen Folgen haben. Mit Rücksicht auf die bodenlose Roheit und den mit großer Gewalt mit einem scharfen, spitzen Messer ausgeführten Stich versagt das Gericht L. mildernde Umstände und verurteilt ihn zu 10 Monaten Gefängnis. Untersuchungshaft wurde dem L. wegen seines hartnäckigen Leugnens bis zuletzt, nicht in Anrechnung gebracht.

Taubendiebstahl. Der am 25. Juli 1867 in Großzschocher geborene, in Bösdorf wohnhafte Handarbeiter Karl Friedrich Heil und der am 23. Januar 1881 in Eythra geborene Zimmermann Alfred Paul Schmidt haben sich wegen eines in der Nacht vom 19. zum 20. Okt. v. J. gemeinschaftlich ausgeführten Taubendiebstahles zu verantworten. Heil hat mehrfach mit Tauben gehandelt und stand längst im Verdacht eines Taubendiebes. Als dem Maurer B. in Zöbigker in genannter Nacht vier Stück Tauben gestohlen wurden, richtete sich der Verdacht sofort auf Heil und die vorgenommene Haussuchung förderte auch einige Tauben zu Tage, die B. als die seinigen bestimmt wiedererkannte; auch fehlten ihm drei Kaninchen, die aber nicht bei H. gefunden wurden. Weiter war ermittelt worden, daß H. noch einen Gehilfen bei Ausübung des Diebstahls hatte. Als solcher wurde der Mitangeklagte Schmidt ermittelt. Dem Heil wird weiter zur Last gelegt, am 18. Juni v. J. dem Fuhrwerksbesitzer W. in Gautzsch zwei Pferdedecken, eine Wagenplane und eine Peitsche gestohlen zu haben. Durch das hartnäckige Leugnen der Angeklagten machte sich zum Nachweis ihrer Schuld die Vernehmung von 16 Zeugen notwendig. Die zweite Strafkammer verurteilte danach Heil zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Schmidt wurde zu einem Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Aus der Partei.

Genosse Gerisch hat gegen den verantwortlichen Redakteur des Dortmunder Tageblatts wegen Geschäftsschädigung das Strafverfahren eingeleitet, um endlich den fortwährenden Lügen und Verleumdungen des edlen Blattes gegenüber ein Exempel zu statuieren. Der an diesem Blatte angestellte Dr. Lütgenau hat die Geschäftsgebarung und den Kredit unseres dortigen Parteiunternehmens, dessen Verleger Gerisch ist, durch eine Reihe lügenhafter Notizen zu schädigen gesucht.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

g. **Die Schneideraussperrung in München** scheint auch nach Nürnberg hinübergreifen zu wollen, da die Münchener Prinzipale versuchen, ihre notwendigen Arbeiten in Nürnberg anfertigen zu lassen. Infolgedessen haben die Schneider Nürnbergs beschlossen, jede derartige Zumutung zurückzuweisen und eventuell die Arbeit sofort niederzulegen. Ferner wurde beschlossen, bis zur Beendigung der Aussperrung in München zur Unterstützung der Ausgesperrten wöchentlich pro Mann 50 Pfg. zu erheben.

In Barcelona versuchten ausständige Bäckereiarbeiter die Brotverteilungen zu verhindern. Mehrere Personen sind in Haft genommen worden.

In Boston brach am vorigen Sonnabend ein unbedeutender Ausstand unter den Frachtverladern aus. Durch den Anschluß von Arbeitern aus anderen Geschäftszweigen nahm der Ausstand nunmehr ein ernstes Aussehen an. Etwa 20 000 Arbeiter sind ausständig.

Letzte Nachrichten.

Rom, 12. März. Die Blätter veröffentlichen Telegramme aus Neapel, welche besagen, daß infolge der Ergebnisse der Untersuchung gegen die städtische Verwaltung Neapels die Anklagekammer den früheren Deputierten Casale, den früheren Bürgermeister von Neapel, Summarte, die früheren Munizipalbeamten Adinalfi und Defeno, den Direktor der Trambahnen, Wilers, und andere dem Strafgericht überwiesen hat.

Von Nah und Fern.

Risiko der Arbeit.

Breslau, 12. März. In der Nähe von Herzogswaldau verunglückten heute beim Bau der Eulengebirgsbahn durch eine Dynamitexplosion mehrere Arbeiter; zwei sind tot, einer ist schwer verletzt.

Bergmannslos.

Dortmund, 12. März. Auf der Zeche Adolf v. Hansemann wurden durch hereinbrechende Kohlenmassen zwei Bergleute verschüttet. Beide wurden tot zu Tage gefördert.

Eine Spionengeschichte.

Lemberg, 13. März. Der am 7. März in Warschau verhaftete Offizier, Robert Krimm, hat seit sieben Jahren an mehrere westeuropäische Mächte Festungs- und Mobilisierungspläne verkauft. Bei der Haussuchung wurden Rechnungen über 400 000 Rubel Honorar und 25 000 Rubel Waren gefunden. Zwei Frauen Namens Blumenthal und Treitenberg, welche Dokumente ins Ausland brachten, wurden gleichfalls verhaftet. Ebenso ein zweiter Offizier nebst seiner Frau. Die Frauen waren dadurch verdächtig geworden, daß sie beinahe unausgesetzt zwischen Rußland, Deutschland und Südfrankreich auf der Reise waren. Der Generalstabschef des Warschauer Bezirks, der im Ausland auf Urlaub war, wurde telegraphisch zurückberufen und hat seinen Abschied erhalten. Der Kriegsminister ist nach Warschau gereist. Der Generalgouverneur von Warschau, General Czortkoff, soll von seinem Posten abberufen sein.

Aus dem kaukasischen Petroleumgebiet.

Konstantinopel, 11. März. Die Stadt Tochangri am Schwarzen Meere (Vilajet Kastamuni) wurde gestern durch Erdstöße heimgesucht, die sich im Laufe einer Stunde sechsmal wiederholten. 3000 Häuser wurden zerstört; 2000 Menschen sind obdachlos. Aus den Trümmern sind bis jetzt 100 Verwundete und vier Tote hervorgezogen worden.

Terlinden wird ausgeliefert!

Chicago, 12. März. Die Auslieferung Terlindens ist verfügt worden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Vor einigen Wochen zog in das Restaurant zur Oberschänke in L.-Gohlis ein neuer Wirt ein. Der Gesamtvorstand des hiesigen Volksbildungsvereins gestattete sich daraufhin, eines Sonntags bei diesem Herrn vorzusprechen behufs Ueberlassung des Saales zu Vorträgen, Versammlungen 2c. Bereitwilligst sagte dies der neue Herr Wirt zu und beschloß man daraufhin, am 15. März d. J. einen Vortrag über: Die Geschichte der redlichen Pioniere von Rochdale, in der Oberschänke abzuhalten. Als nun ein Vorstandsmitglied einige Tage darauf den Saal für besagten Abend bestellen wollte, ließ der neue Inhaber erkennen, daß es ihm „unmöglich" sei, den Volksbildungsverein aufzunehmen. Es findet obiger Vortrag nun am 15. März abends ¼9 Uhr im Waldschlößchen statt. Referent ist Herr Manfred Wittich und verbreitet sich dies Thema über die englischen Konsumgenossenschaften; er verspricht also für alle Konsumvereinsmitglieder, wie überhaupt für das große Publikum äußerst lehrreich zu werden. Im übrigen bitten wir aber unsere Mitglieder, Freunde und Genossen, diese Zeilen zu beachten.

Der Vorstand des Volksbildungsvereins zu L.-Gohlis.

Alle Arbeiter des Westens Leipzigs, die Mitglieder der modernen Gewerkschaftsorganisationen sind, werden dringend ersucht, sich auch einer politischen Organisation anzuschließen. Es hat sich der Sozialdemokratische Verein L.-West zur Aufgabe gemacht, seine Mitglieder über alle vorkommenden politischen Ereignisse des In- und Auslandes, über alle städtischen und kommunalen Angelegenheiten durch Vorträge und Diskussionsabende Aufklärung und Belehrung zu schaffen. Auch hat der Verein in diesem Sommerhalbjahr einige größere Ausflüge mit Versammlungen auf dem Lande mit Referaten über die Lage der Kleinbauern und Landarbeiter geplant. Ganz besonders machen wir auf die Freitag abends ½9 Uhr im Felsenkeller stattfindende öffentliche Versammlung, wo Genosse Manfred Wittich über das Programm der deutschen Sozialdemokratie referiert, aufmerksam und betonen, daß es Pflicht jedes denkenden Arbeiters sein muß, in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

An die Mieter der Stadt Leipzig!

Das Osterfest fällt in diesem Jahre auf den 30. u. 31. März. Es trifft also mit dem Umzugstermin am 1. April ungünstig zusammen. Viele Mieter, die am 1. April ziehen müssen, haben das berechtigte Bedürfnis, an den Osterfeiertagen die Unruhen des Umzugs bereits hinter sich zu haben. Der Vorstand des Leipziger Mietervereins richtet daher an alle, die zu Ostern die Wohnung wechseln, die Bitte, durch gegenseitiges Uebereinkommen die Möglichkeit zu schaffen, daß der Umzug im allgemeinen schon vor dem Osterfeste beendet ist. Im Interesse aller Mieter liegt es überhaupt, dieses Entgegenkommen auch bei allen anderen Umzugsterminen zu bethätigen, damit die Umzugsarbeit nicht immer auf einige wenige Tage zusammengedrängt wird.

Der Vorstand des Leipziger Mietervereins.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Spielplan: Donnerstag: Die größte Sünde. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Orestes. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Wilhelm Tell. Anfang ½8 Uhr. Zum erstenmal wiederholt: Ein Auserwählter. Hierauf: Der sechste Sinn. Zum Schluß: Post festum. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Spielplan: Donnerstag: Jadwiga. Anfang ½8 Uhr. — Freitag: Alt-Heidelberg. Anfang ½8 Uhr. — Sonnabend: Das süße Mädel. Anfang ½8 Uhr.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Nudeln mit Rindfleisch.
Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Sauerkraut u. Kartoffeln mit Pökelfl.

Versammlungskalender.

Donnerstag: **Parteiversammlung.** Pantheon. Abends ½9 Uhr.
Naturheilverein Leipzig II. Pilsener Hof, Klostergasse. Abends ½9 Uhr.
Freitag: **Sozialdemokratischer Verein L.-West.** Felsenkeller. Abends ½9 Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19020313/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG